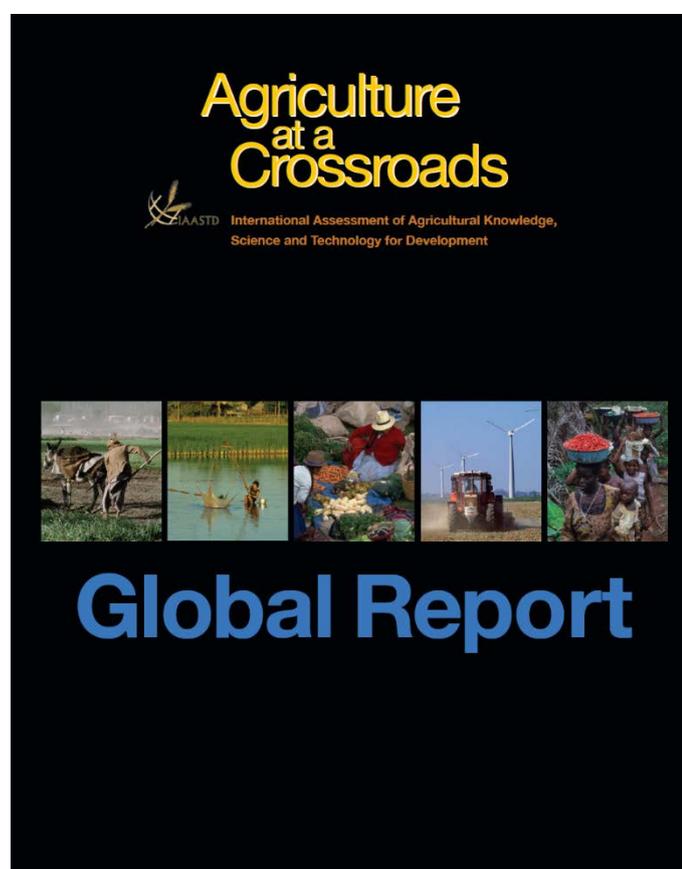


Der Weltagrарbericht: 10 Jahre danach

Eine kritische Bestandsaufnahme

Wirkung und Folgen des UN-Berichts zur Welternährung und Landwirtschaft



Weiter wie bisher ist keine Option

So lautete die Überschrift der Presseerklärung, mit der nach vierjähriger Arbeit von über 400 Expert*innen aus aller Welt das 2.500 Seiten starke „*International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development*“ (IAASTD) präsentiert wurde. Es ist die bisher umfassendste und gründlichste Bestandsaufnahme landwirtschaftlichen Wissens. Zehn Jahre nach seinem Erscheinen wird deutlich, dass hier ein Umdenken seinen Ausgang nahm, das sich heute zwar in Köpfen, Bekenntnissen und Publikationen von Wissenschaftler*innen und Politiker*innen durchgesetzt hat, aber noch immer weit davon entfernt ist, die globale Agrar-, Handels- und Ernährungspolitik zu bestimmen.

Herausgeberin: **Maria Heubuch** war von 2014 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und vertrat die Grünen dort u.a. im Entwicklungs- und Agrarausschuss. Die Bäuerin und ehemalige AbL-Vorsitzende legte einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Verteidigung der Rechte und Interessen von Bäuerinnen und Bauern innerhalb und jenseits der Europäischen Union.



Text: **Benedikt Haerlin** war an der Erstellung des Weltagrарberichtes als Mitglied des Aufsichtsrates des IAASTD beteiligt und verfolgt die Debatte seither unter anderem mit der Webseite www.weltagrарbericht.de

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	1
Die Bedeutung des Weltagrарberichts im internationalen Diskurs	3
EINE KURZE GESCHICHTE DES IAASTD.....	3
Wegweisende Beteiligungsstruktur, einmaliger Prozess.....	5
Transdisziplinäre Vielfalt und Unabhängigkeit	7
Kein globaler Konsens.....	8
Ohne deutsche Beteiligung.....	9
DIE ZENTRALEN BOTSCHAFTEN DES WELTAGRARBERICHTS	10
Problemlösung statt Technologie-Fixierung.....	10
Multifunktionalität: soziale, ökonomische und ökologische Dimensionen der Landwirtschaft.....	11
Agrarökologie als neue Leitkultur der Landwirtschaft.....	13
Kleinbäuerinnen und Kleinbauern machen den Unterschied.....	14
Feminisierung der Landwirtschaft	15
Ernährungssouveränität	16
Rolle des Handels.....	17
ERSTE REAKTIONEN 2008/2009	19
Bundesregierung.....	20
Deutsche Bank.....	21
Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung	22
FAO: Reform des Committee on World Food Security	23
FOLGEUNTERSUCHUNGEN UND PUBLIKATIONEN	25
Die Grenzen der Belastbarkeit des Planeten im Anthropozän	26
SCAR: Der Zukunftsbericht des Agrarforschungsausschusses der EU	27
Der Paradigmenwechsel der FAO: Save and Grow	30
Der Green Economy Report der Vereinten Nationen.....	32
SDGs: Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen	34
TEEB: Die ökonomische Taxierung der Biodiversität in der Landwirtschaft	35
Syndemie: Die drei Geißeln der Menschheit	37
IPES-Food: Eine Serie von Berichten und Fallstudien	39
NEUE HERAUSFORDERUNGEN NACH DEM WELTAGRARBERICHT	45
Digitalisierung.....	46
Landgrabbing	47
DER EUROPÄISCHE STAND DER DEBATTE	50
SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN.....	52
IMPRESSUM.....	54
QUELLEN UND BILDNACHWEISE	55

Einleitung

Politische Durchbrüche atmen selten bereits im Moment ihres Entstehens historische Luft. Als am 12. April 2008 in einem fensterlosen Hotel in Johannesburg die rund 300 Teilnehmer*innen des Abschlussplenums des *International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development* den letzten Text der Zusammenfassung für Entscheidungsträger*innen verabschiedet hatten, waren viele der Beteiligten eher enttäuscht. Die USA, Australien und Kanada verweigerten ihre Unterschrift, Großbritannien zögerte noch und unterschrieb erst eine Woche später. Die Agrarindustrie in Gestalt von CropLife und Syngenta war gar nicht mehr erschienen, die Weltbank und die von ihr verwalteten internationalen Forschungszentren (CGIAR, damals Consultative Group for International Agricultural Research) und selbst die UN-Welternährungsorganisation (FAO) waren gegenüber den absehbar grundsätzlichen Botschaften bereits auf Distanz gegangen. Für viele der beteiligten Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, aber auch für die beiden Ko-Präsidenten und den Generalsekretär des Projektes war das Ergebnis teilweise ein schmerzlicher Kompromiss. Das Ergebnis von fünf Jahren intensiver Arbeit überzeugte letztlich niemanden wirklich vollkommen. Und doch ging von dem insgesamt 2.500 Seiten starken Werk eine Wirkung aus, die sich erst über die Jahre voll entfaltete. „Business as usual is not an option“ – weiter wie bisher ist keine Option: Die Überschrift der Pressemitteilung zum Abschluss des Werkes wurde zu einem geflügelten Wort. Viele der zentralen Botschaften, die der Weltagrарbericht erstmals als einen wissenschaftlichen Konsens formulierte, sind heute die tragenden Säulen des Bewusstseinswandels, der sich in der Wissenschaft und internationalen Gremien in Bezug auf die Herausforderungen der Landwirtschaft mehr und mehr durchsetzt.

Die Thesen des Weltagrарberichts gingen durch alle klassischen Stadien neuer, unbequemer Erkenntnisse: Zunächst ignorieren, dann lächerlich machen und denunzieren, danach massiv widersprechen, um schließlich zu behaupten „Das haben wir doch immer schon gesagt“.

Noch nie hat die Menschheit mehr Lebensmittel pro Kopf produziert als heute und dennoch leiden nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO über 820 Millionen der 7,6 Milliarden Menschen auf dieser Erde Hunger. Über 2 Milliarden sind von Nährstoffdefiziten wie Vitaminmangel betroffen. Ebenfalls über 2 Milliarden Menschen sind übergewichtig, 672 Millionen von ihnen fettleibig (Body-Mass-Index über 30). Während Klimaveränderungen in aller Welt die Landwirtschaft vor gewaltige neue Herausforderungen stellen, wird die Weltbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten vermutlich auf etwa 10 Milliarden Menschen anwachsen. Ob sauberes Wasser, fruchtbare Böden, Wälder, Feuchtgebiete und andere natürliche Ressourcen sowie die wilde und die kultivierte Artenvielfalt unseres Planeten künftigen Generationen weiterhin in einem Zustand zur Verfügung stehen, der ihr Überleben gewährleisten kann, hängt von nichts so sehr ab wie von unserer landwirtschaftlichen Produktionsform und Ernährungsweise.

Gut 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen werden direkt oder indirekt durch unsere Agrar- und Lebensmittelproduktion, deren Verarbeitung, Transport, Verbrauch und Entsorgung ver-

ursacht. Landwirtschaft ist auch heute noch die Erwerbs- und Existenzgrundlage von fast einem Drittel der Menschheit, die Ernährung insgesamt der wichtigste Wirtschaftszweig der Welt und damit auch das Maß aller nachhaltigen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund initiierten im Jahre 2003 die Weltbank und die Vereinten Nationen einen bisher einmaligen internationalen wissenschaftlichen Prozess, der im deutschsprachigen Raum als Weltagrarbericht bekannt wurde und mit vollem Namen *International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development* heißt – abgekürzt IAASTD. Über 400 Expert*innen aller Kontinente und Fachrichtungen arbeiteten vier Jahre intensiv daran, gemeinsam die folgende zentrale Frage zu beantworten:

Wie können wir durch die Schaffung, Verbreitung und Nutzung von landwirtschaftlichem Wissen, Forschung und Technologie Hunger und Armut verringern, ländliche Existenzen verbessern und gerechte ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung fördern?

Die Abschluss-Pressemitteilung gab darauf zunächst eine knappe, aber klare Antwort: „*Business as usual is not an option*“ – weiter wie bisher ist keine Option.

Die Art und Weise, wie die Welt ihre Nahrung herstellt, muss sich radikal ändern und den Armen und Hungernden besser dienen, wenn die Menschheit mit einer wachsenden Bevölkerung und dem Klimawandel fertigwerden und gleichzeitig soziale Zusammenbrüche und Umweltzerstörung vermeiden will.¹

Diese kleine Publikation soll den Weg des Weltagrarberichts von der Minderheitsmeinung zur Mainstream-Auffassung nachzeichnen. Sie soll aber auch belegen, dass die Durchsetzung zwingender Erkenntnisse noch lange nicht zwingend zur praktischen Umsetzung der in ihrem Lichte unausweichlich erscheinenden Handlungsnotwendigkeiten führt. Vergleichen wir zentrale Parameter der Nachhaltigkeit von 2009 mit denen von 2019, müssen wir feststellen, dass die meisten von ihnen sich zum Schlechteren entwickelt haben.

Bei der Bekämpfung des Hungers sind kaum substanzielle Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Hungernden nimmt weltweit nach Angaben der FAO seit drei Jahren sogar wieder zu. Dramatisch verschlechtert haben sich der Zustand der Erderwärmung, der Artenvielfalt, der Fruchtbarkeit der Böden sowie der Sauberkeit und Nutzungsintensität des Süßwassers. Der Einsatz toxischer Substanzen in der Landwirtschaft hat zugenommen. Die Kluft zwischen Reichtum und Armut ist in den meisten Gesellschaften gewachsen, der Zugang zu Land, Wasser und Saatgut hat sich gerade für Kleinbäuerinnen dramatisch verschlechtert.

Die Bedeutung des Weltagrarberichts im internationalen Diskurs

Im agrarpolitischen und -wissenschaftlichen Diskurs ist gegenwärtig ein Paradigmenwechsel zu beobachten. Zur Disposition steht nicht weniger als das seit Ende des 19. Jahrhunderts alles überragende Ziel, mit stets fallendem Aufwand mehr zu produzieren. Unaufhaltsam wächst die Erkenntnis, dass die „externen“ ökologischen wie sozialen Kosten steigender Produktion deren Grundlage gefährden. Was daraus folgt, ist noch umstritten.

Ein struktureller Umbau der globalen Landwirtschaft gilt mittlerweile als unabweisbar: Ökologische Kosten und begrenzte Ressourcen zwingen zur massiven Reduktion von Klimagasemissionen und beim Einsatz von Pestiziden und Mineraldüngern, fossilen Energien und knappen Süßwasserreserven; desgleichen zur systematischen Vermeidung von Abfall, Verlusten und Verschwendung und zur Abkehr von dem gesundheitlich und ökologisch schädlichen Ernährungsstil, für den sich der Begriff der „*western diet*“ eingebürgert hat.

Bei alledem geht es nicht nur um eine bislang unerhörte Kritik am unbegrenzten Wachstum der Tierproduktion, genannt Veredelungswirtschaft, als dem eigentlichen Motor industriellen Agrarwachstums. Es geht vielmehr darum, Produktion und Verbrauch samt seiner privatwirtschaftlichen wie staatlichen Beeinflussung als ein System zu betrachten.

Eine Binsenweisheit? Nicht für die traditionelle Agrar- und Ernährungswissenschaften, denen die Nachfrage (und deren unausgesprochenes Pendant: der Hunger) als naturgegeben galten. Sie betrachteten es als die zentrale Aufgabe der Agrartechnik, getreu dem Motto „dem Ingenieur ist nichts zu schwören“ die Anpassung der Umwelt an die Erfordernisse der Produktionstechnologien zu gewährleisten – und zwar mittels „Technologietransfer“ von oben (Wissenschaft/Industriestaaten) nach unten (Landwirt*innen/Entwicklungsländer). Dass dieses Konzept grandios gescheitert ist, gilt in der Entwicklungspolitik mittlerweile als ausgemacht – zumindest im Prinzip.

Abzuwarten bleibt, wann die Erkenntnis folgt, wie kontraproduktiv diese Kommandowirtschaft auch in den Industriestaaten ist, wo sie privatwirtschaftlich etwas effizienter organisiert und staatlich hoch subventioniert wird. Der geistige Abschied von der fossilen, industriellen Landwirtschaft der letzten 50 Jahre hat jedenfalls begonnen.

Eine kurze Geschichte des IAASTD

Die Geschichte des Weltagrarberichts beginnt im Sommer 2002 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Dort begehen Regierungsdelegationen aus aller Welt den zehnten Jahrestag des berühmten Nachhaltigkeitsgipfels von Rio 1992, ohne zu besonderen Ergebnissen zu gelangen. Vertreter*innen der Weltbank ventilieren in den Verhandlungspausen die Chancen eines Projektes, das sich aus ihren neuesten ökonomischen Analysen ergibt: Vielversprechende Entwicklungskonzepte für die Volkswirtschaften der sogenannten „Least Developed Countries“, die ärmsten Länder dieser Welt, könnten nur auf Basis einer nachhaltigen Verbesserung ihrer Primärproduktion, also der Landwirtschaft, aufbauen. Dies hatten verschiedene Studien der Weltbank ergeben. Tatsächlich aber hatten die Investitionen

der Bank selbst, aber auch der meisten anderen „Major Donors“, v.a. nationalen Entwicklungsministerien und -agenturen, seit Anfang der 80er Jahre kontinuierlich nachgelassen.

Die Weltbank suchte nun nach international konsensfähigen Antworten auf die Frage, wo und wie sie nach Jahrzehnten sträflicher Vernachlässigung des Agrarsektors in die landwirtschaftliche Entwicklung der ärmsten Länder der Welt investieren sollte. Sie fragte danach, welcher Neuausrichtung die von ihr verwalteten internationalen Agrarforschungszentren (CGIAR) bedürfen und suchte nicht zuletzt nach Antworten auf die Frage nach der Rolle der umstrittenen Gentechnik bei der Hungerbekämpfung.

Treibende Kraft und späterer Generalsekretär des IAASTD war der damalige Chef-Wissenschaftler der Weltbank, Robert T. Watson. Er hatte in den 80er Jahren bei der NASA den weg-

Konsultations- Orte 2003

Kairo, Ägypten
Paris, Frankreich
Lima, Peru
Washington D.C., USA
Dublin, Irland
San José, Costa Rica
Neu-Delhi, Indien
Suva, Fidschi
Bogor, Indonesien
Addis Abeba, Äthiopien
Beijing, China
Nairobi, Kenia

weisenden Wissenschaftsbericht über den Abbau der Ozonschicht initiiert und in den 90er Jahren den Weltklimarat (IPCC) mitbegründet, dessen Vorsitzender er bis 2001 war. Watson genießt bis heute einen hervorragenden Ruf als „honest broker“ bei der Beantwortung großer wissenschaftlicher Fragen. Er ist heute Aufsichtsratsvorsitzender des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) und präsentierte im Mai 2019 dessen aufrüttelnden Bericht zum Zustand der Artenvielfalt auf unserem Planeten.²

In einem nächsten Schritt lud die Weltbank 30 Vertreter*innen von Staaten, Unternehmen, Wissenschafts-, Landwirtschafts-, Umweltschutz-, Ver-

braucher- und Entwicklungsorganisationen ein, um ein gemeinsames Konzept des IAASTD zu entwickeln. Sie trafen sich insgesamt vier Mal und hielten zudem insgesamt 12 Konsultationen auf allen Kontinenten ab, bei denen die wichtigsten Probleme der Landwirtschaft von jeweils einer Vielzahl von Betroffenen und Beteiligten formuliert werden sollten.

Im August trafen sie sich in der Akademie der Wissenschaften in Budapest und verabschiedeten einstimmig (nur der Vertreter der Firma Monsanto hatte sich hier bereits zurückgezogen) ein Konzept, in dem unter anderem folgende Ergebnisse eines „offenen, transparenten, repräsentativen und legitimierten Prozesses“ vorgeschlagen wurden:

Erarbeiten eines Konsenses darüber, was bekannt und was unbekannt ist, Begründung verschiedener Standpunkte und Identifizierung und, wo möglich, Quantifizierung der Unsicherheiten: Die Bestandsaufnahme würde alle relevanten Erkenntnisse analysieren und ermitteln, wo ein Kon-

Leitungsausschuss 2003

Ko-Vorsitzende

Louise Fresco, Stellvertretende Generaldirektorin für Landwirtschaft, FAO
Seyfu Ketema, Exekutivsekretär, Vereinigung für Agrarforschung in Ost- und Zentralafrika (ASARECA)
Claudia Martínez Zuleta, ehemalige Vize-Umweltministerin, Kolumbien
Rita Sharma, Staatssekretärin für ländliche Infrastruktur, Uttar Pradesh, Indien
Robert T. Watson, Chefwissenschaftler, Weltbank

Regierungen:

Australien, China, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Marokko, Russland, Uganda, USA, Großbritannien

sens darüber besteht, was bekannt (gut etabliert) und was unsicher ist. Sie würde Minderheitsstandpunkte diskutieren, die nicht ausgeschlossen werden können, und Unsicherheiten identifizieren und, wo möglich, quantifizieren.

Die Beteiligten (insbesondere Regierungen, multilaterale Organisationen, der Privatsektor, Stiftungen und die wissenschaftliche Gemeinschaft) wären in der Lage, die Bedürfnisse von Erzeugern und Verbrauchern zu verstehen, die Wirksamkeit der einschlägigen landwirtschaftlichen Maßnahmen, einschließlich Investitionen in die nationale und internationale Agrarforschung, zu bewerten und zu beurteilen, wie sie in Zukunft effizienter werden können. Im Rahmen der Bewertung sollen die wichtigsten Informations- und Umsetzungslücken ermittelt werden, die durch gezielte Forschungsprogramme geschlossen werden können. Zudem sollte ausgewertet werden, warum die derzeitigen Technologien nicht genutzt werden und Veränderungen in Politiken und Institutionen vorgestellt werden, damit die durch landwirtschaftliches Wissen, Wissenschaft und Technologie gebotenen Möglichkeiten genutzt werden können.

Als Hauptergebnisse der Bewertung erwartet werden:

- eine Interessengruppen-übergreifende Gemeinschaft, die eine gemeinsame Vision teilt, Vertrauen schafft und nach innovativen Ansätzen für das Wissens-, Wissenschafts- und Technologiemanagement in der Landwirtschaft sucht, um Hunger und Armut zu bekämpfen und Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

- integriertes lokales und institutionelles Wissen zur Unterstützung der Neugestaltung der institutionellen und finanziellen Agenden für die Agrarforschung, die allgemeine und berufliche Bildung und die landwirtschaftliche Beratung.

- ein Rahmen, der Wert legt auf Partnerschaften und Zusammenarbeit für landwirtschaftliches Wissen, Wissenschaft und Technologie zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

- Forschungsagenden, die zwischen kurzfristigen Anforderungen und langfristigen Herausforderungen ausgewogen sind, basierend auf Erfahrungen aus früheren Erfolgen und Misserfolgen.³

Große Ambitionen, die von einer „einmaligen Koalition“⁴ aus unter anderem Vertreter*innen der Agrarministerien der USA und Ugandas, von Syngenta und Greenpeace, der Wissenschaftsvereinigung der Dritten Welt (TWAS) und dem Chefwissenschaftler der Weltbank präsentiert wurden. Auch ein Budget wurde vorgelegt: 15 Millionen US-Dollar sollte die Bestandsaufnahme kosten, wobei die Regierungen der beteiligten OECD-Staaten zusätzlich für die Reisekosten ihrer Wissenschaftler*innen und Expert*innen selbst aufkommen sollten.

Ein halbes Jahr später verabschiedeten dann Vertreter*innen von 69 Staaten im Hauptquartier des UN-Umweltprogrammes (UNEP) in Nairobi das Konzept und ein Budget der Bestandsaufnahme. Die Regierungsvertreter*innen ernannten zudem ein „Bureau“, eine Art Aufsichtsrat, zwei Ko-Präsident*innen und einen Direktor, der dem kleinen Sekretariat vorstand.

Wegweisende Beteiligungsstruktur, einmaliger Prozess

Struktur und Arbeitsweise des Weltagrarberichtes orientierten sich stark am *International Panel on Climate Change* (IPCC), dem Weltklimarat. Mit einem wichtigen Unterschied: Während der IPCC allein von Regierungsvertreter*innen verwaltet wird, setzten die beteiligten Staaten und UN-Organisationen für das IAASTD einen Aufsichtsrat ein, der aus je 30 Vertreter*innen von Regierungen und der Zivilgesellschaft bestand. Letztere reichte von Unternehmen wie Syngenta und Unilever über Bauern-, Wissenschafts- und Verbraucherschutzorganisationen bis hin zu Greenpeace und dem Pestizid-Aktionsnetzwerk. Dieser Aufsichtsrat beschloss einen

Rahmen, wählte im Konsens die Autorinnen und Autoren des Berichts aus und stellte danach aber ausschließlich die Fragen. Dabei wurde großer Wert auf eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter, Kontinente und Regionen sowie der unterschiedlichen Disziplinen gelegt.

Aufgabe des IAASTD wird es sein, umfassend, offen und transparent wissenschaftliche, technische und sozioökonomische Literatur, Erfahrungen und Erkenntnisse zu bewerten, die für die Frage relevant sind, wie Agrarwissenschaft und -technologie Hunger und Armut verringern, die Existenzgrundlagen in ländlichen Gebieten verbessern und eine gerechte, ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung erleichtern können durch die Schaffung, Nutzung und Zugänglichkeit von landwirtschaftlichem Wissen, Wissenschaft und Technologie. Der IAASTD-Bericht sollte politisch relevant sein, aber keine Politik vorgeben und sich objektiv mit wissenschaftlichen, technischen und sozioökonomischen Fragen befassen.⁵

Beteiligt waren Agrarwissenschaftler*innen und Ökonom*innen, Biolog*innen und Chemiker*innen, Ökolog*innen, Meteorolog*innen, Anthropolog*innen, Botaniker*innen, Mediziner*innen, Geograf*innen, Historiker*innen, Philosoph*innen und einige Vertreter*innen traditionellen und lokalen Wissens verschiedener Kulturkreise. Diese einzigartige Vielfalt ermöglichte eine ganzheitliche Betrachtungsweise aller wesentlichen ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekte der Landwirtschaft.

Die IAASTD-Prinzipien beschreiben das Assessment, die wissenschaftliche Bewertung, so:

Eine wissenschaftliche Bewertung ist die kritische, objektive Auswertung und Analyse von Informationen, einschließlich indigenen und lokalen Wissens. Sie hat das Ziel, den Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden und ihre Entscheidungsfindung zu unterstützen. Sie wendet das Expertenurteil auf das vorhandene Wissen an, um wissenschaftlich glaubwürdige Antworten auf politikrelevante Fragen zu geben, wobei sie nach Möglichkeit das Maß der Verlässlichkeit der wissenschaftlichen Aussagen quantifiziert.⁶

Der Bericht bemühte sich dabei um eine historische Perspektive, die 50 Jahre zurück und, soweit möglich, 50 Jahre in die Zukunft blickt. Er besteht neben einem globalen Bericht aus fünf eigenständigen regionalen Berichten sowie deren schließlich von den Regierungsvertreter*innen Absatz für Absatz abgestimmten Kurzzusammenfassungen.

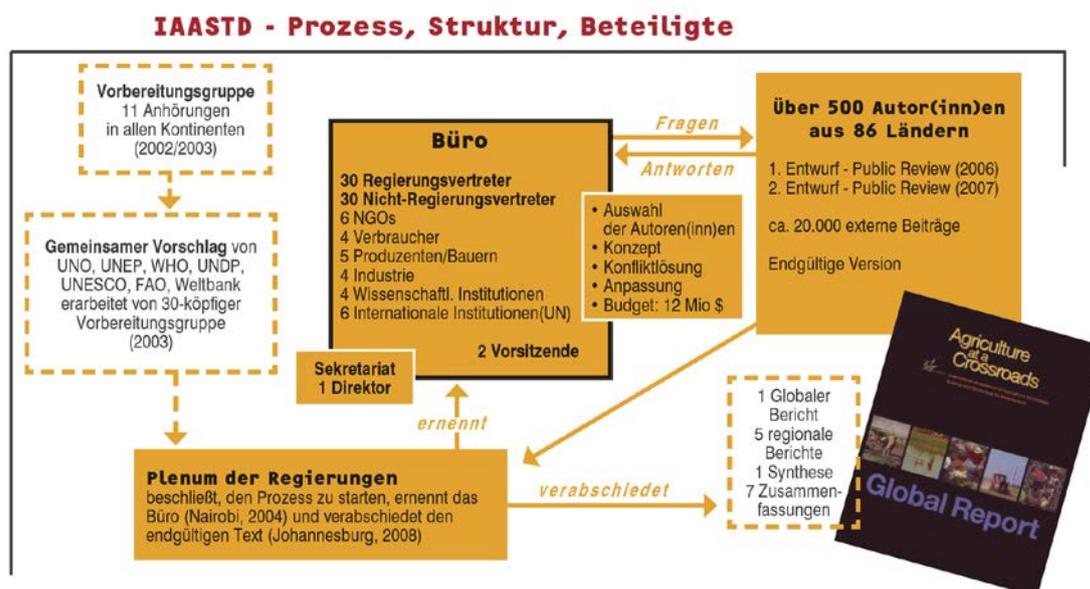


Abbildung 1: Flussdiagramm des IAASTD-Prozesses und seiner Produkte.⁷

Transdisziplinäre Vielfalt und Unabhängigkeit

Die Herangehensweise des IAASTD war bewusst nicht die einer Technologiebewertung, die bestimmte *Lösungen* zum Ausgangspunkt nimmt. Vielmehr identifizierte ein „Steering Committee“, das den eigentlichen Prozess vorbereitete, zunächst in zwölf öffentlichen Anhörungen auf allen Kontinenten die wichtigsten *Probleme* und fragte dann: „Welche verschiedenen Lösungsansätze gibt es dafür?“ Für die hochspezialisierte, akademische und technische Fachwelt war die Einbeziehung so vieler unterschiedlicher Fachrichtungen, Interessensgruppen und Kulturen sowie tausender externer Kommentare, die in der Endfassung berücksichtigt wurden, ebenso ungewohnt wie erfrischend. Für die Regierungen und UN-Institutionen war das Wagnis, sowohl bei der Formulierung der Fragen als auch der Antworten (bis auf die Zusammenfassung) tatsächlich unabhängigen Expertinnen und Experten das letzte Wort zu geben, ein neuartiges Erlebnis. Einige von ihnen haben das im Nachhinein bereut, für viele hat es jedoch tatsächlich einen neuen und unvoreingenommenen Blick auf die Probleme ermöglicht.

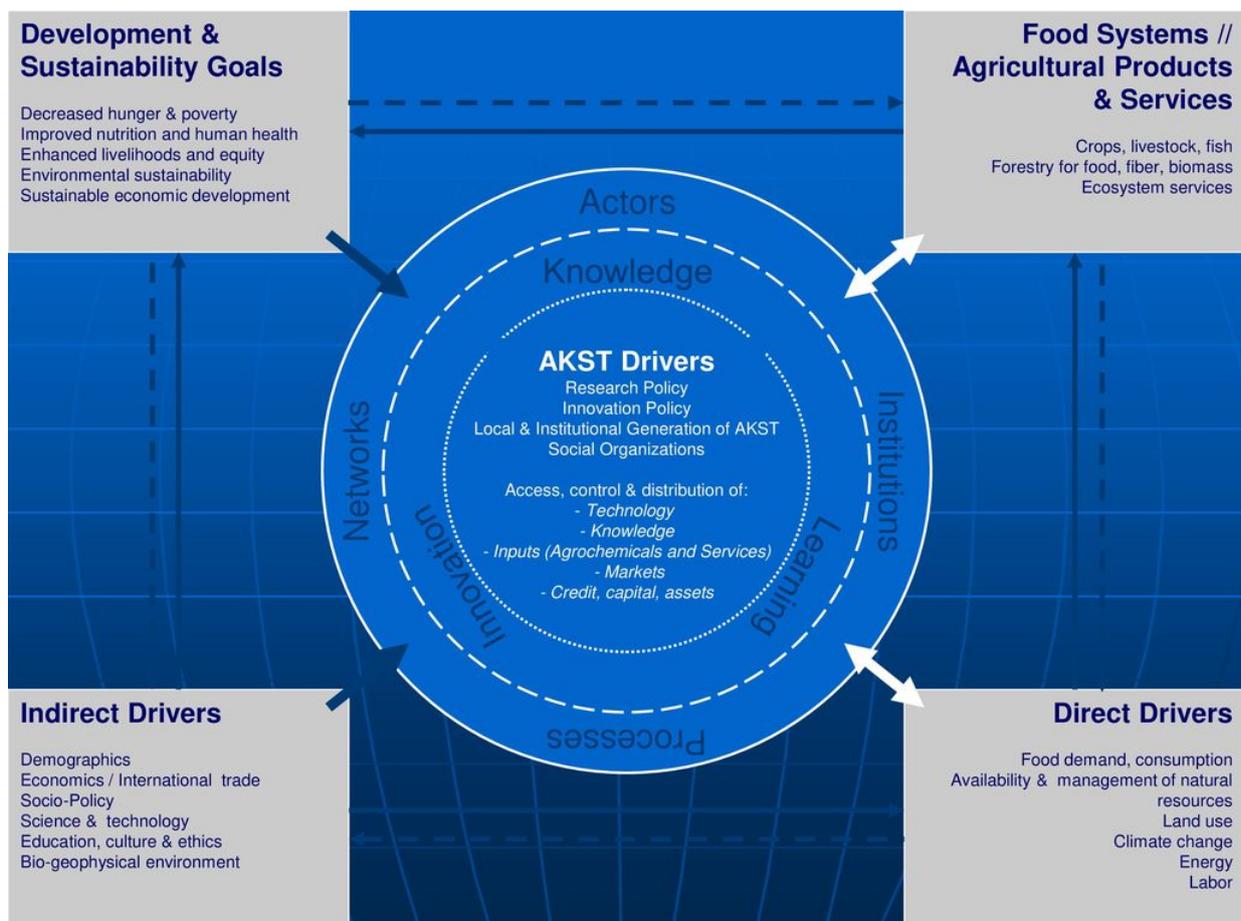


Abbildung 2: Grafische Darstellung des konzeptionellen Rahmens und der Bedingungen von landwirtschaftlichem Wissen, Wissenschaft und Technologie (AKST = Agricultural Knowledge, Science and Technology).⁸

Kein globaler Konsens

Als der endgültige Entwurf des Berichts Anfang 2008 vorlag, entschieden sich die Firma Syngenta und die internationale Agrarindustrievereinigung CropLife, aus dem Prozess in letzter Minute auszusteigen. Der CEO von Syngenta, Michael Pragnell, hatte sich im März 2007 zunächst in einem Schreiben an Robert Watson beschwert:

Aus unserer Sicht wurde die Vorbereitung des bisherigen Kapitelentwurfs stark von Gruppen beeinflusst, die dem privaten Sektor gegenüber feindlich gesinnt sind. Dies führte zu einer Vernachlässigung des allgemein akzeptierten Beitrags der Agrarindustrie zur landwirtschaftlichen Produktivität und damit zum Wohlergehen des Menschen sowie zu einer systematischen Verleugnung der Vorteile der modernen Pflanzenschutztechnologie und der Anwendung der Biotechnologie in der Landwirtschaft.⁹

Der Vize-Präsident von CropLife, Christian Verschueren, schrieb dagegen direkt an die Vize-Präsidentin der Weltbank, Katherine Sierra:

Trotz zahlreicher Bemühungen, dem Bericht mehr Ausgewogenheit zu verleihen, wurden diese Beiträge weitgehend ignoriert. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dazu beitragen könnten, dass dieser Bericht einen ausgewogeneren Umgang mit den Technologien der Pflanzenwissenschaften integriert, um deren wahres Potenzial zu würdigen.¹⁰

Kurz vor dem Abschlusstreffen erschien auch noch ein Editorial in *Nature Biotechnology*, in dem es hieß:

Der Bericht und vielleicht die gesamte IAASTD-Übung erscheinen kurz gesagt als ein Versuch, führenden Politiker der Welt jeden möglichen positiven Beitrag von gentechnisch veränderten Pflanzen auszureden. Auch wenn dies im Hinblick auf die Errungenschaften der vergangenen 10 Jahre durchaus umstritten sein mag, soll sich der IAASTD-Prozess mit einem Zeitrahmen von 50 Jahren auch in der Zukunft befassen. Kein Wunder also, dass Industrie und Wissenschaft „Foul“ rufen. Zwei Unternehmen, Monsanto (Teil des globalen Industrieverbandes CropLife International, der ein Spender von IAASTD war) und Syngenta (das im Lenkungsausschuss des IAASTD vertreten war) haben die Zusammenarbeit beendet, weil sie der Meinung sind, dass das Potenzial der GVO-Technologie im Entwurf des Dokuments nicht ausreichend berücksichtigt wurde.¹¹

Robert Watson machte die Briefe öffentlich und ließ kühl wissen, dass das IAASTD gemeinsam beschlossenen, öffentlich zugänglichen Regeln und etablierten Praktiken des wissenschaftlichen Diskurses folge, derer sich alle Beteiligten gerne bedienen könnten. Die Regierungen der USA, Kanadas und Australiens unterzeichneten auf dem Abschlussplenum in Johannesburg im April 2008 den Bericht nicht, obwohl sie ihn als „wertvollen und wichtigen

Die 58 Unterzeichner-Staaten des IAASTD

Äthiopien, Armenien, Aserbaidtschan, Bahrain, Bangladesch, Belize, Benin, Bhutan, Botswana, Brasilien, Volksrepublik China, Costa Rica, Demokratische Republik Kongo, Dominikanische Republik, El Salvador, Finnland, Frankreich, Gambia, Ghana, Großbritannien, Honduras, Indien, Iran, Irland, Kamerun, Kenia, Kirgistan, Kuba, Demokratische Republik Laos, Libanon, Libyen, Malediven, Moldawien, Mosambik, Namibia, Nigeria, Ost-Timor, Pakistan, Palau, Panama, Paraguay, Philippinen, Polen, Rumänien, Sambia, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Senegal, Salomonen, Swasiland, Tansania, Togo, Tunesien, Türkei, Uganda, Uruguay, Vietnam

Beitrag“ würdigten. Wesentliche Motive waren auch hier die kritische Bewertung der Gentechnik, der industriellen Landwirtschaft und des Welthandels mit Agrargütern. Der Qualität des IAASTD-Berichts selbst taten diese späten Rückzieher keinen Abbruch. Aber sie erschweren in der Folgezeit seine Verbreitung und Akzeptanz in manchen Regierungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftskreisen.

Ohne deutsche Beteiligung

Die Bundesrepublik Deutschland war zwar zu Beginn in Nairobi im Kreis der Regierungen beteiligt, die den IAASTD initiierten, zog sich aber wenig später aus dem Prozess zurück und finanzierte deshalb auch nicht, wie unter den beteiligten OECD-Regierungen vereinbart, die Reisekosten der aus ihrem Land stammenden Expert*innen. Dies führte dazu, dass nur zwei Deutsche unter den Autor*innen zu finden sind. Es führte leider auch dazu, dass die wissenschaftliche Gemeinde in Deutschland, anders als die der Nachbarländer Frankreich, Großbritannien, Finnland, Schweden und Schweiz, das Werk mangels „ownership“ nur schleppend und teilweise widerwillig rezipierte.

Das finanzielle Konzept des Berichtes sah vor, dass sämtliche Expert*innen ohne Honorar arbeiteten und die Reisekosten der Expert*innen aus OECD-Ländern von ihren Heimatländern zu tragen waren, während die der Expert*innen der übrigen Länder aus dem Budget des IAASTD getragen wurden. Die Entschädigungslosigkeit der Mitarbeit war unvermeidlich um die Kosten des Berichtes im Rahmen der Möglichkeiten zu halten. Sie schloss freilich freischaffende Expert*innen weitgehend aus, ebenso wie Mitarbeiter*innen von Institutionen, die deren Beteiligung im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht akzeptierten. Dies führte zu einer Überrepräsentanz von Mitgliedern akademischer Institutionen sowie von bereits pensionierten Expert*innen.

Die zentralen Botschaften des Weltagrarberichts

Problemlösung statt Technologie-Fixierung

Eine entscheidende Vereinbarung im vorbereitenden „Steering Committee“ ganz zu Beginn des Prozesses hatte so enorme Auswirkungen auf das gesamte Ergebnis, dass sie wohl selbst als eine der wichtigsten Botschaften des Weltagrarberichts genannt werden sollte. Sie lautete: Es sollen nicht getreu dem Motto „*Hier ist die Technik, welche Probleme können wir damit lösen?*“ Chancen und Risiken bestimmter Technologien bewertet werden, sondern die besten Lösungen für jene Probleme gefunden werden, die Betroffene weltweit in zahlreichen Konsultationen selbst formuliert hatten. Es liegen Welten zwischen den Fragen „Was kann die Gentechnik zur Bekämpfung des Hungers beitragen?“ und „Was sind die wesentlichen Ursachen des Hungers und welche Optionen sind zu seiner Bekämpfung die vielversprechendsten?“.

Diese problemorientierte Herangehensweise führte dazu, dass beispielsweise die Gentechnik in dem Bericht eine höchst bescheidene Rolle spielt, die auch dem damals erkennbaren realen und potenziellen Beitrag dieser Technologie zur Bekämpfung des Hungers und zum Erhalt natürlicher Ressourcen entsprach. In der Effizienzanalyse der Wissenschaftler*innen schnitten praktische Maßnahmen häufig erheblich besser ab als Hightech-Forschung, deren praktischer Nutzen sich nicht belegen ließ.

Das Technologietransfer-Modell (ToT) war bisher das dominierende Modell in praktischen und politischen Vereinbarungen. Das ToT-Modell hat sich jedoch nicht als übermäßig effektiv erwiesen, um eine breitere Palette von Entwicklungszielen zu erreichen, die die vielfältigen Funktionen und Rollen von landwirtschaftlichen Betrieben und verschiedenen Agrarökosystemen berücksichtigen. In diesem Modell werden Wissenschaft und Technologie unter der Kontrolle von Experten für die Definition von Problemen, den Entwurf von Lösungen und für die Aufgabenbestimmung und Umsetzung genutzt.¹²

Als mühsamer, aber letztlich effektiver bei der Umsetzung von anspruchsvolleren Zielen als der reinen Produktivitätssteigerung hätten sich gemischte Innovationsgemeinschaften erwiesen, in denen Wissenschaftler*innen, Landwirt*innen und lokale Expert*innen und Entscheidungsträger*innen von Anfang bis Ende zusammenarbeiten. In der Regel, so der Weltagrarbericht, würden in solchen Innovationsgemeinschaften schließlich sogar mehr Probleme erkannt und gelöst, als sie sich ursprünglich vorgenommen hatten. Die wechselseitige Wertschätzung und Verständigung seien dabei entscheidend für kreative und flexible Betrachtungsweisen und Problemlösungen.

Erst die Orientierung an der komplexen Realität der jeweiligen lokalen, regionalen, aber auch globalen Problemstellungen ermögliche es, integrierte Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen zu entwickeln und auch immer wieder anzupassen. Entscheidend für deren Gelingen im Bereich der Landwirtschaft sei dabei ein ganzheitliches Denken und Agieren in Ernährungssystemen (*food systems management*).

Partizipative Ansätze haben sich als Reaktion auf das Ausbleiben ökonomisch nützlicher, sozial angemessener und ökologisch wünschenswerter Anwendungen aus AKST [Agricultural Knowledge, Science and Technology] entwickelt, die von landwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsorganisationen generiert wurden.¹³

Multifunktionalität: soziale, ökonomische und ökologische Dimensionen der Landwirtschaft

Zu den großen Verdiensten des Weltagrarberichts gehört seine profunde Beschreibung der multifunktionalen und vielschichtigen Rolle der Landwirtschaft in verschiedenen Gesellschaften. Lebensmittelproduktion steht bei ihm im Zentrum des vielfach miteinander verwobenen Zusammenspiels von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Sie auf ihre materielle Produktivität zu reduzieren, so warnt der Weltagrarbericht, gehöre zu den fatalsten Fehlern der Agrar- und Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte.

Landwirtschaft ist multifunktional. Sie liefert Lebensmittel, Futtermittel, Fasern, Treibstoffe und andere Waren. Sie hat aber auch großen Einfluss auf wesentliche Ökosystemdienstleistungen wie Wasserversorgung und Kohlenstoffbindung oder -freisetzung. Landwirtschaft spielt eine wichtige soziale Rolle als Arbeitgeber und als Lebensweise. Sowohl die Landwirtschaft als auch ihre Produkte sind ein Medium des globalen kulturellen Austausches. Ländlich geprägte Gemeinden bilden die Basis lokaler Wirtschaft und spielen eine wichtige nationale Rolle bei der territorialen Sicherung.¹⁴

Das IAASTD verwendet den Begriff Multifunktionalität, um die unausweichliche Verflochtenheit der verschiedenen Rollen und Funktionen der Landwirtschaft auszudrücken. Das Konzept der Multifunktionalität versteht die Landwirtschaft als eine Aktivität, die nicht nur Rohstoffe (Lebensmittel, Futtermittel, Fasern, Agrotreibstoffe, Arzneimittel und Zierpflanzen), sondern auch Produkte wie Umweltdienstleistungen, Landschaften und Kulturgüter produziert.¹⁵

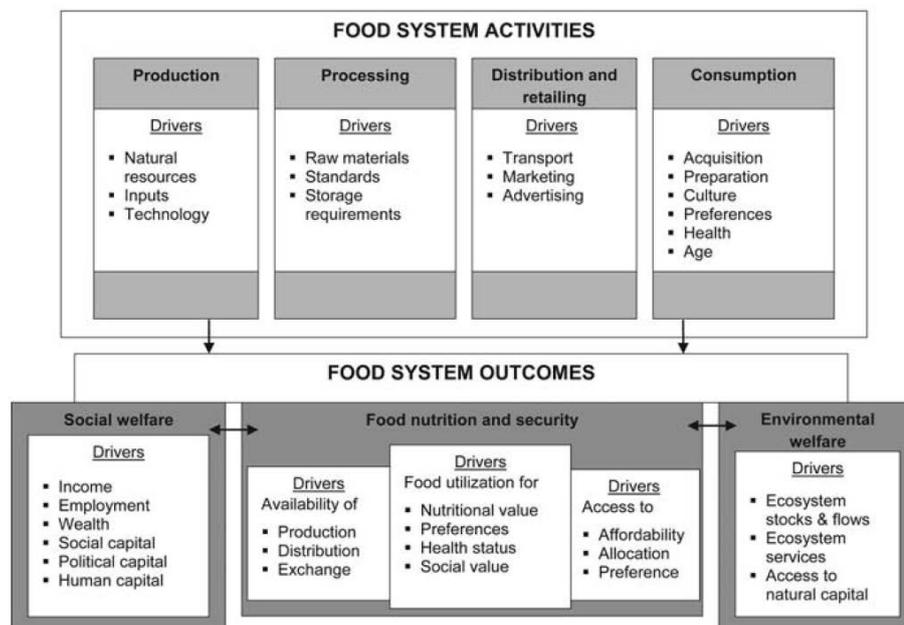
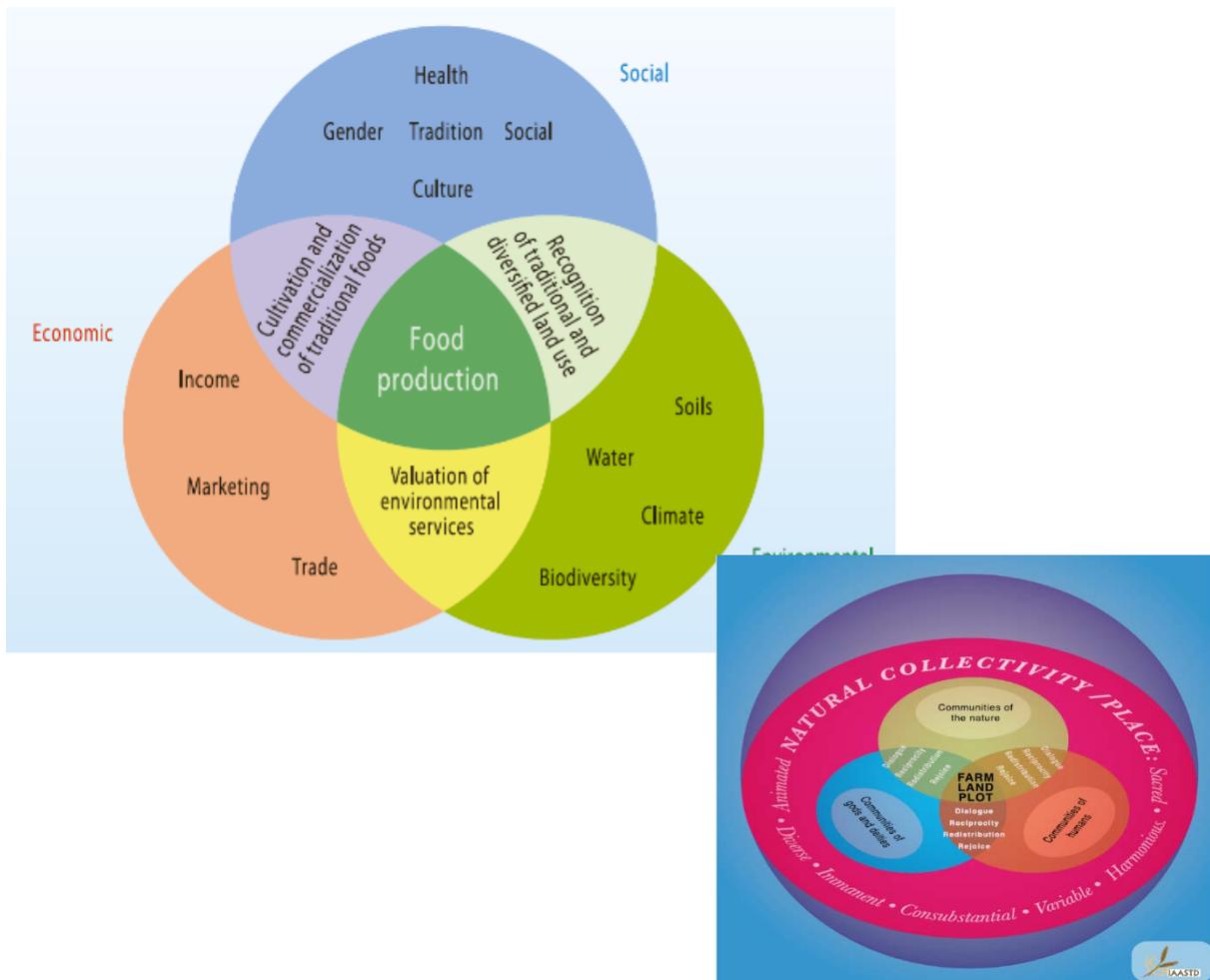


Figure 2-5. *Food system activities and outcomes.* Source: Adapted from GECAFS, 2008.

Abbildung 3: Schematische Darstellung eines ganzheitlichen Modells von Ernährungssystemen und der einzelnen Bestandteile und Treiber (Driver) der Systeme. Die monokausale Bearbeitung nur einzelner Aspekte, so der Weltagrарbericht, führe regelmäßig dazu, Probleme noch zu verschärfen bzw. durch neue zu ersetzen.¹⁶

Nur wenn die überlebenswichtige ökologische Funktion der Landwirtschaft und ihre soziale und wirtschaftliche Rolle, die über den Frieden zwischen Staaten und innerhalb von Gesellschaften, über Geschlechtergerechtigkeit, Vollbeschäftigung, kulturelle Integrität, Gesundheit, Entwicklungschancen und Ernährungssicherheit entscheidet, in ein produktives Gleichgewicht gebracht werde, seien die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Mit dieser Botschaft tun sich bis heute die meisten Regierungen der Welt in ihrer Agrarpolitik ausgesprochen schwer. Dabei wird ihr nirgendwo mehr ernsthaft widersprochen.

Im Diskussionsprozess des Weltagrарberichts war der Begriff der Multifunktionalität noch heftig umstritten. Dabei ging es um unterschiedliche handelspolitische Interessen. Die USA, aber auch lateinamerikanische Regierungsvertreter*innen warfen der EU vor, mit diesem Argument wettbewerbsverzerrende Subventionen zu rechtfertigen, die sich nicht mehr auf das jeweilige Agrарprodukt, sondern nach der MacSharry-Reform 1992 auf die landwirtschaftliche Fläche und diffuse multifunktionelle Leistungen der Landwirt*innen bezogen. Der neoliberalen Denkschule, die zu diesem Zeitpunkt den WTO-Diskurs beherrschte, erschien fast jegliche staatliche Förderung von Umwelt- und Sozialdienstleistungen der Landwirtschaft als Verstoß wider die Marktwirtschaft.



chung der ökologischen Prozesse in landwirtschaftlichen Systemen wie: Nährstoffkreislauf, Kohlenstoffkreislauf/Sequestrierung, Wasserkreislauf, Nahrungsketten innerhalb und zwischen trophischen Gruppen (von Mikroben bis hin zu den Spitzenprädatoren), Lebenszyklen, Pflanzenfresser- / Räuber- / Jäger- / Beute- / Wirt-Interaktionen, Bestäubung, etc. Agroökologische Funktionen werden in der Regel bei hoher Artenvielfalt und in mehrjährigen, forstartigen Lebensräumen maximiert.²⁰

The 10 Elements of Agroecology



Abbildung 6: Die zehn Elemente der Agrarökologie, wie sie von der Welternährungsorganisation FAO beschrieben werden.²¹

Es ist bemerkenswert, welche steile Karriere das Konzept der Agrarökologie seither in der agrarpolitischen und wissenschaftlichen Debatte gemacht hat. Die Welternährungsorganisation FAO hat sie mittlerweile zu einer ihrer Prioritäten²² gemacht, der biologische Landbau präsentiert sich als Speerspitze der Agrarökologie und selbst CropLife, der Zusammenschluss der Agrarchemie-Industrie, hat mittlerweile eine Webseite und ein eigenes Quiz zum Thema „*What is Agroecology*“?²³

Selbst wenn der Preis dieses Erfolges, wie zuvor bei vielen anderen Begriffen des Wandels, immer auch eine gewisse Verwässerung ist, hat das Konzept der Agrarökologie sich mittlerweile tief in Debatten über die Zukunft der Landwirtschaft in Zeiten von Klimawandel, Artensterben und Landflucht hineingegraben.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern machen den Unterschied

Dem seit den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in den Industriestaaten, aber auch in vielen Schwellenländern als ehernes ökonomisches Prinzip geltenden Leitsatz „Wachse oder weiche!“ setzte der Weltagrarbericht erstmals als globaler Wissenschaftskonsens eine gänzlich neue Sichtweise entgegen: Die Überwindung des Hungers mit nachhaltigen Mitteln werde weltweit nur mit Hilfe und unter aktiver Einbeziehung der Kleinbauern und -bäuerinnen der Welt gelingen. Ausdrücklich schließt er dabei die Subsistenzlandwirtschaft vieler Regionen der Welt mit ein.

Kleinbäuerliche diversifizierte Landwirtschaft ist global gesehen für den Löwenanteil der Landwirtschaft verantwortlich. Während Produktivitätsgewinne schneller in groß angelegten, spezi-

alisierten Agrarsystemen mit hohem Materialeinsatz erreicht werden mögen, bieten kleinbäuerliche, diversifizierte Produktionssysteme in Entwicklungsländern den besten Rahmen, um die Lebensgrundlage und Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern.²⁴

Staatliche Agrar- und Entwicklungspolitik muss sich besonders in Asien und Afrika, wo die durchschnittliche Hofgröße einen Hektar beträgt, auf die Steigerung der Nachhaltigkeit und Ertragssicherheit von Landwirtschaft auf kleinsten Flächen konzentrieren, um klassischen wie versteckten Hunger und Fehlernährung zu überwinden und dabei Treibhausgasemission zu minimieren und die Landwirtschaft an die bereits unvermeidliche Erderwärmung anzupassen.

Als zentrales Problem benennen die Autor*innen die Verbindung bäuerlichen Erfahrungswissens mit modernen Erkenntnissen der Agrarwissenschaft, den Zugang zu Informationen, Saatgut, Land, Wasser und Kleinstkrediten; aber auch zu lokalen Märkten, die ein Herauswachsen aus der reinen Subsistenzwirtschaft und den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe ermöglichen.

Feminisierung der Landwirtschaft

Die „Entdeckung“ der Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung war keine Erfindung des Weltagrarberichts. UNO, Weltbank und auch die FAO hatten bereits seit Anfang der 90er Jahre darauf hingewiesen, welche überragende Rolle eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der Bildung und Selbstbestimmung von Frauen auf dem Lande für die Verbesserung der Ernährungssicherheit, der Gesundheit und der Bevölkerungsentwicklung hat.

Aktuelle Trends der Liberalisierung der Agrarmärkte und der Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Arbeit sowie der Zunahme von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen definieren die Verbindungen zwischen Geschlecht und Entwicklung neu. Der Anteil der Frauen in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung liegt zwischen 20 und 70%; ihr Engagement nimmt in vielen Entwicklungsländern zu, besonders mit der Entwicklung der exportorientierten bewässerten Landwirtschaft, die mit einem wachsenden Bedarf an weiblichen Arbeitskräften, insbesondere von Wanderarbeitnehmern, verbunden ist. Während diese Entwicklung in mancher Hinsicht Vorteile gebracht hat, hat der größte Teil der ländlichen Frauen weltweit weiterhin mit sich verschlechternden Gesundheits- und Arbeitsbedingungen, begrenztem Zugang zu Bildung und Kontrolle über natürliche Ressourcen, unsicheren Arbeitsplätzen und niedrigem Einkommen zu kämpfen.²⁵

Der Weltagrarbericht fasste das bereits realisierte Ausmaß der Geschlechterveränderung in vielen ländlichen Regionen Asiens und Afrikas zusammen und sprach erstmals von einer „Feminisierung der Landwirtschaft“.

Zwei Hauptfaktoren bestimmen die Feminisierung der Landwirtschaft in der Region. Erstens haben Frauen sehr viel geringere Kontrolle über Produktionsmittel und schlechteren Zugang zu Ausbildung, Beratung und Krediten. Technologien werden vor allem für bewässertes und besseres, von männlichen Bauern beherrschtes Land entwickelt. Armen, vor allem Bäuerinnen, fehlen dagegen Kredite und angepasste Technologien. Zweitens verhindern ländliche Gesellschaftsstrukturen häufig den Umzug der ganzen Familie in die Städte, die Ungelernten, Mittellosen und Schwachen oft noch geringere Chancen bieten. Weil Frauen die Mehrheit jener Gruppe bilden, bleiben sie mit der Produktions- und Reproduktionsaufgabe zurück, das Land, die Kinder und die

Alten zu betreuen, wenn die Männer sich als Wanderarbeiter verdingen. Auch wenn ihre Auswirkung auf die landwirtschaftliche Produktivität noch unklar ist, hat die zunehmende Feminisierung der Landwirtschaft tiefgreifende und weitreichende Auswirkungen. Sie könnte ein Hauptschwerpunkt künftiger Forschung und Politik sein, die sich auf die Qualifizierung, Beratung und agrartechnische Ausbildung von Frauen konzentriert sowie auf ihre effektive Rechte an Land, Bäumen, Wasser und anderen Aktivposten.²⁶

Auch wenn der Weltagrarbericht grundsätzlich vor jedem Glauben an Patentrezepte warnt, grenzt das, was er zur Verbesserung der Menschenrechte und zur politischen und wirtschaftlichen Beteiligung von Frauen in der Landwirtschaft sagt, fast schon an ein solches: Die Überwindung von Hunger und Fehlernährung, Gesundheitsversorgung und Bevölkerungsentwicklung hängen zum größten Teil an der Rolle, die die jeweiligen Gesellschaften Frauen auf dem Lande zuweisen.

In der Entwicklung der Agrar- und Ernährungssysteme in den nächsten Jahrzehnten werden geschlechtsspezifische Fragen und Anliegen höchstwahrscheinlich weiterhin im Mittelpunkt der AKST-Entwicklung [Agricultural Knowledge, Science and Technology] stehen, zumindest in den Entwicklungsländern, in denen Frauen eine maßgebliche Rolle bei der traditionellen landwirtschaftlichen Produktion gespielt haben. Im Laufe der Jahre wurden Frauen jedoch selten als Empfängerinnen verbesserter Agrartechnologien in Betracht gezogen. Dabei gibt es mehr Frauen, die in der Landwirtschaft arbeiten als Männer. So produzieren, verarbeiten und lagern Frauen im ländlichen Afrika bis zu 80% der Lebensmittel, während sie in Süd- und Südostasien 60% der Anbauarbeiten und der übrigen Nahrungsmittelproduktion übernehmen.²⁷

Ernährungssouveränität

Zu den besonderen Verdiensten des Weltagrarberichts gehört es, als erstes Dokument der Vereinten Nationen den Begriff der Ernährungssouveränität in die etablierte wissenschaftliche und politische Debatte eingeführt zu haben. Der Begriff war im Rahmen der Kritik der internationalen Kleinbauernorganisation „La Via Campesina“ an den Auswirkungen der Welthandelsorganisation (WTO) sowie der Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf die Agrarpolitik vieler Länder in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden.

Der Weltagrarbericht greift ihn auf, um dem mechanistisch-statistischen Konzept der Ernährungssicherheit (wenn in einem Land im Durchschnitt genügend Kalorien pro Person verfügbar sind, um alle zu ernähren) ein ganzheitlicheres Konzept entgegenzusetzen. Dieses sollte die multifunktionale Aufgabe der Landwirtschaft reflektieren und dabei auch die Frage nach der demokratischen Selbstbestimmung von Einzelnen und Gemeinden stellen, die über eine rein nationale Definition von Souveränität hinausgeht.

Ernährungssouveränität wird als das Recht von Menschen und souveränen Staaten definiert, auf demokratische Weise ihre eigenen Agrar- und Ernährungspolitiken zu bestimmen.²⁸

Diese schlanke und universelle Definition enthält nicht allein Sprengstoff in Bezug auf die globalen Machtverhältnisse und ihre Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung in den sogenannten Entwicklungsländern. Sie kann auch als eine durchaus fundamentale Herausforderung für Produzent*innen und urbane Konsument*innen in Industrie- und Schwellenländern

und deren Ernährungssysteme interpretiert werden, die auf die eigene Ernährung, deren Herkunft und Produktionsbedingungen häufig nur sehr begrenzten Einfluss haben und den Entscheidungen und Angeboten marktbeherrschender Einzelhandels- und Agrarchemieunternehmen mehr oder weniger hilflos ausgeliefert sind.

Das Konzept der Ernährungssouveränität ist als Reaktion auf eine Definition von Ernährungssicherheit entstanden, die besagt, dass alle ausreichend zu essen haben sollen, ohne zu fragen, woher die Lebensmittel kommen und wer sie produziert. Sie erlaubt so eine Kontrolle der Ernährung durch große multinationale Unternehmen, die mehr Abhängigkeit, Armut und Verdrängung verursachen kann. (...) Für die Zivilgesellschaft ist Ernährungssouveränität – als anderes Paradigma – nötig, um sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer Ernährungssicherheit, ländliche Beschäftigung und die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung erreichen können. Für die Entwicklungsländer umfasst Ernährungssouveränität die Forderung, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Kontrolle über Ernährung und Landwirtschaft beendet. Ernährungssouveränität erkennt im Wesentlichen an, dass Kleinbauern und Landlose niemals innerhalb des agrarindustriellen Paradigmas konkurrieren können.²⁹

Rolle des Handels

Kaum eine Grundaussage des Weltagrarberichts wird bis heute so systematisch ignoriert wie sein Plädoyer:

„1) Handelsregeln zu vereinbaren, die Entwicklungsländern den nötigen Handlungsspielraum geben, eine Politik der Entwicklung, Armutsreduzierung und Ernährungssicherheit zu verfolgen, und die Verteilung der Gewinne und Verluste der Handelsliberalisierung anzugehen.

2) Auskömmlicher Preise für Kleinbauern zu garantieren.

3) Den Mehrwert, den kleine Produzenten in vertikal integrierten Lebensmittelketten erzielen, zu erhöhen.

4) Das Problem des steigenden Verwaltungsaufwands und sinkender Staatseinnahmen, die sich aus Handelsabkommen und der Abschaffung von Zöllen ergeben, in den Griff zu bekommen.³⁰

Die Einsicht des Weltagrarberichts, dass Hunger letztlich nur *vor Ort* und – außer in akuten Krisen – nicht durch Verschiffung von Hilfsgütern zu bekämpfen ist, hat sich als globaler Wissensstand durchgesetzt. Auch der dahinterliegenden Botschaft, dass die lokale und regionale Nachfrage der wachsenden städtischen Bevölkerung die Landwirtschaft und ländliche Ökonomie vor Ort beflügeln muss, wird niemand widersprechen.

Doch im Kampf um die zahlungsfähigen und leicht zugänglichen urbanen Kund*innen stechen internationale Konzerne und Lieferanten gerade in den ärmsten Ländern mit zunehmender Gnadenlosigkeit lokale Angebote aus und verhindern so aktiv den Aufbau gesunder nationaler Lebensmittelmärkte. Sie werden dabei von bilateralen Handelsabkommen, aber auch der Ignoranz und Korruptierbarkeit örtlicher Regierungen und städtischer Eliten unterstützt.

In der Debatte zwischen 2005 und 2008 gingen fast alle Beteiligten in Bezug auf den Welthandel mit Agrargütern davon aus, dass die sogenannte Doha-Runde der WTO kurz vor einer Einigung stünde. Wie wenig die dort vorgeschlagenen Anpassungen bei fortschreitender Liberalisierung den Armen der Welt bringen würden, stand im Zentrum vieler Argumente. Im

Lichte des weitgehenden Scheiterns der WTO und der teilweise abstrusen aktuellen Auswüchse bilateraler Handelsauseinandersetzungen mögen vielen die damaligen Diskussionen als „gute alte Zeiten“ eines wenigstens in der Öffentlichkeit moralisch haftbar zu machenden Multilateralismus erscheinen.

Dass 2014 die in Bali bereits beschlossenen kleinen Fortschritte der WTO ausgerechnet an der Kleinlichkeit der Industriestaaten scheiterten, denen staatliche Direktaufkäufe von Grundnahrungsmitteln zur Hungerbekämpfung in Indien zu weit gingen, ist symptomatisch. Während Welthandelsideolog*innen über die Heranführung bäuerlicher Kleinstbetriebe an den Markt schwadronieren, bekämpfen sie aggressiv deren Schutz vor hochsubventionierten Exporten als Sünde wider die reine Marktlehre.

Erste Reaktionen 2008/2009

Die erste Meldung der Deutschen Presseagentur zur Verabschiedung des Weltagrarberichts am 15. April 2008 war eher knapp und trocken:

Seit drei Jahren basteln internationale Experten am Weltagrarbericht, jetzt ist er erschienen – und hochaktuell, denn weltweit sind Hunger-Unruhen ausgebrochen. Ende März waren Reis und Getreide doppelt so teuer wie im Jahr zuvor. Die Empfehlung der Experten: Herkömmliche Produktionsweisen und ein Ende übermäßiger Agrarsubventionen. Deutschland hat noch nicht unterschrieben. Im Kampf gegen Hunger und Armut ist die Antwort der Experten ein „Zurück zu den Wurzeln“.

Der „Weltagrarrat“ – ein UN-Projekt ähnlich dem Weltklimarat – fordert in einem Expertenbericht die Rückbesinnung der globalen Landwirtschaft auf bewährte Traditionen. Herkömmliche Produktionsweisen, angestammtes Saatgut, natürliche Dünger: Was die Wissenschaftler vorschlagen, klingt zunächst rückwärtsgewandt und kommt dennoch einer radikalen globalen Agrarreform gleich. Das Argument der Forscher: Die kapitalintensive Industrieproduktion unserer Nahrungsmittel in ihrer jetzigen Form zerstört Böden, Wasser und Artenvielfalt, trägt zum Klimawandel bei und nutzt einseitig den reichen Ländern.

Ob und was der Weltagrarbericht tatsächlich bewirken wird, ist offen. Immerhin 64 Länder haben den Report unterzeichnet, darunter EU-Länder wie Frankreich und Polen, Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien und Entwicklungsländer wie Uganda. Die Bundesregierung hatte am Dienstag Mühe zu erklären, warum Deutschland nicht zu den Unterzeichnern zählt.³¹

Die Verabschiedung des IAASTD im Frühjahr 2008 fiel zusammen mit einer der schwersten Hungerkrisen seit Jahrzehnten. In den ersten drei Monaten des Jahres 2008 erreichten die internationalen Nominalpreise aller wichtigen Lebensmittelrohstoffe den höchsten Stand seit 50 Jahren, während die realen Preise den höchsten Stand seit fast 30 Jahren erreichten.³² Auch wenn eine eilig einberufene Konferenz von Staatschefs im Juni 2008 sich auf keine signifikant neuen Maßnahmen einigen konnte, wurden in der Folge der Weltbank mehrere Milliarden Dollar zusätzlich zur kurz- und langfristigen Bekämpfung des Hungers zur Verfügung gestellt. Den größten Teil dieser Mittel investierte sie freilich in großzügige Subventionen für Düngemittel und klassische Hilfslieferungen.

Die Rolle der Spekulation mit Agrarrohstoffen und der boomenden Nachfrage nach Energiepflanzen (Öl und Getreide) bei gleichzeitig eher moderaten Schwankungen der Ertragssituation wurde weder in Rom noch in Washington konsequent gewürdigt.

Diese Koinzidenz verschaffte dem Bericht kurz nach seiner Verabschiedung eine höhere Medienaufmerksamkeit, als unter normalen Umständen zu erwarten gewesen wäre. Seine Botschaft „*Business as usual is not an option*“ erhielt eine Dringlichkeit, die von einigen Akteuren und Publikationen durchaus ernst genommen wurde. In Wissenschaftskreisen dagegen, namentlich in Europa, stieß der Bericht zunächst auf eine Mischung aus Ignoranz und Widerstand gegen einige seiner Erkenntnisse, die bisherigen Dogmen der Agrarwissenschaft eklatant widersprachen.

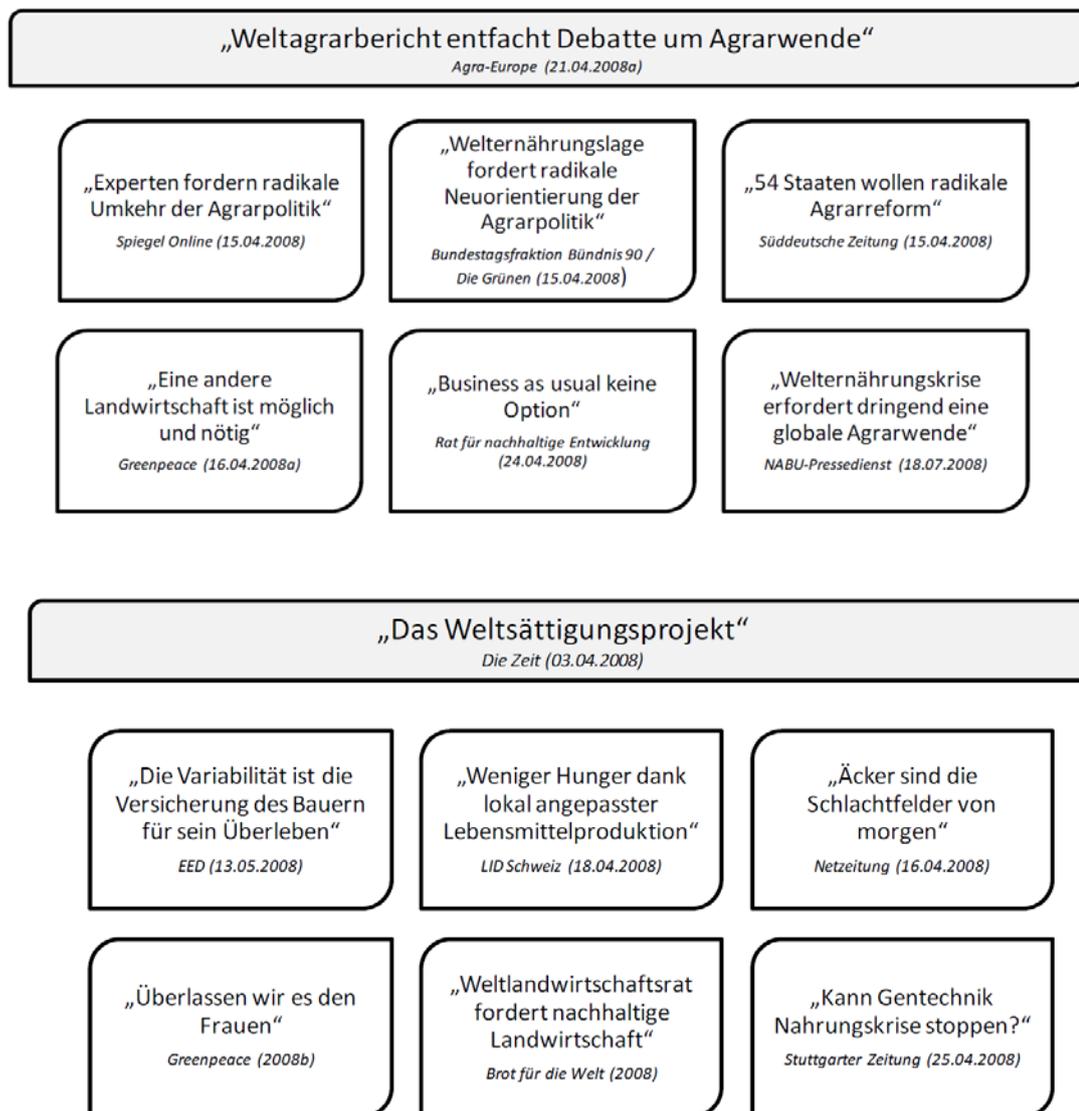


Abbildung 7: Öffentliche Schlagzeilen und Reaktionen auf den Weltagrарbericht, nach einem Schaubild von Schmidner und Dabbert.³³

Bundesregierung

Eine nicht untypische Reaktion der Politik, hier auf die Anfrage der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann, stammt vom damaligen Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und heutigen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller:

Antwort des Parl. Staatssekretärs Dr. Gerd Müller auf die Frage der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE) (Drucksache 16/1 1612 Frage 3): Wieso hat die Bundesregierung den IAASTD-Bericht – IAASTD: International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development – bisher nicht unterzeichnet, und wann wird sie dies nachholen?

Im IAASTD-Bericht (Weltagrарbericht) sind überwiegend bekannte Fakten zusammengetragen worden, die bereits seit längerem auch den Prinzipien der deutschen Entwicklungspolitik im Bereich der ländlichen Entwicklung zugrunde liegen. Die Kernbotschaft der Zusammenfassung,

dass Armut und Hunger am effektivsten durch die Steigerung der Produktivität der kleinbäuerlichen Betriebe im Rahmen einer multifunktionalen ländlichen Entwicklung abgeschafft werden können, ist internationaler Konsens. Vor diesem Hintergrund hält die Bundesregierung es für entbehrlich, wie von der Abgeordneten Tackmann gefordert, die Erklärung nachträglich zu unterzeichnen. Dies ist vor allem deshalb entbehrlich, weil die Bundesregierung ihre Position in den einschlägigen Fragen sehr ausführlich und differenziert in ihrem Bericht zur Welternährungslage „Globale Ernährungssicherung durch nachhaltige Entwicklung und Agrarwirtschaft“ vom 18. Juni 2008 dargelegt hat. Grundsätzlich hält die Bundesregierung den Bericht für einen wichtigen Beitrag zur Diskussion der globalen Ernährungssicherung.³⁴

Der von Müller genannte Bericht zur Welternährungslage der Bundesregierung³⁵ sah keinen fundamentalen Änderungsbedarf, sondern empfahl vor allen Dingen den damals üblichen Mix von „business as usual“: die Produktivitätsentwicklung in der Landwirtschaft und die Produktion insgesamt steigern, zu diesem Zwecke die Agrarforschung, einschließlich der Gentechnik, intensivieren, Handelsbeschränkungen durch WTO-Vereinbarungen weiter reduzieren, den Ausbau der Bioenergie weiter vorantreiben, aber darauf achten, dass Ernährungssicherung Vorrang hat und die Agrarpolitik insgesamt an den Märkten orientieren. Im Übrigen reagierte man mit der Bereitstellung von Soforthilfe sowie der Beteiligung an den bereits erwähnten mittelfristigen Zahlungen der Weltbank.

Ein zweiter Anlauf der Grünen, die nachträgliche Unterzeichnung des Weltagrarberichts zu erreichen, scheiterte im Jahre 2014 auch an einer schwarz-roten Regierung.³⁶

Deutsche Bank

Eine der ersten Analysen des Weltagrarberichts in deutscher Sprache lieferte die Deutsche Bank Research im September 2009 unter dem Titel „Lebensmittel – Eine Welt voller Spannungen“. Für die Entwicklungsländer empfiehlt die Studie nach einer intensiven Analyse der Situation, die sie im Wesentlichen dem Weltagrarbericht entnimmt:

Mehr Geld für die Landwirtschaft ausgeben (sowohl Spender aus Industrieländern als auch Regierungen in Entwicklungsländern).

In Ertragssteigerung investieren, vor allem über ökologisch integrierte Ansätze. Für Forschung und Entwicklung im öffentlichen Sektor werden mehr Gelder benötigt.

Sicherstellen, dass Bauern – vor allem Kleinbauern – in Entwicklungsländern Zugang zu wichtigen Ressourcen haben: Bildung, Wissen, Vermögenswerte, Kredite, Märkte, soziale Absicherung.

Frauen ausbilden und unterstützen und ihnen Zugang zu Familienplanungsmöglichkeiten verschaffen, um das Bevölkerungswachstum zu verlangsamen.

Gesunde und abwechslungsreiche Ernährung fördern.³⁷

Die Deutsche Bank wäre nicht die Deutsche Bank, würde sie nicht auf die Ausweitung des Welthandels und den technologischen Fortschritt bei der Steigerung der Produktivität setzen. Bemerkenswert ist jedoch beispielsweise ihre Neubewertung der Rolle von Kleinbauern:

Rund zwei Drittel der drei Milliarden Menschen, die weltweit in ländlichen Gebieten leben, ernähren sich von den Erträgen von weniger als zwei Hektar Land. Diese 500 Millionen Kleinbauern spielen eine zentrale Rolle für eine gerechte Versorgung und für die Armutsbekämpfung. Wenn

*diese Kleinbauern in das Wachstum im landwirtschaftlichen Sektor einbezogen werden können, steigen die Verfügbarkeit von Lebensmitteln und die Einkommen, was wiederum Nachfrage nach lokalen Gütern und Dienstleistungen auslöst und so zu einer breit angelegten sozialen und ökonomischen Weiterentwicklung ländlicher Gebiete führt. Kleine Höfe sind auch besonders widerstandsfähig: Wegen ihrer Größe sind sie flexibler, und die Bauern können leichter auf Veränderungen reagieren.*³⁸

Sie verweist nicht nur auf die herausragende Rolle, die Kleinbäuer*innen in diesem Zusammenhang als Treiberinnen der Veränderung spielen können und sollen, sondern spricht auch die inakzeptablen Umweltschäden durch industrielle Landwirtschaft, die immer engere Beziehung von Öl- und Lebensmittelpreisen und die ökologischen Imperative aufgrund von Klimawandel, Bodenerosion und Biodiversitätsverlust mit einer bis dahin nicht gekannten Konsequenz und Klarheit an. Die Monopolisierung von Wissen, Inputs und vor allem Saatgut wird kritisiert und die Agrarökologie gelobt:

*Die ökologisch integrierten Ansätze sind dagegen partizipativer; anstelle von Chemikalien und Schädlingsüberwachungssystemen wird in Menschen investiert. Die einzelnen Bauern erhalten in ihnen mehr Einfluss und Autonomie.*³⁹

In einer Situation, in der die damalige Landwirtschaftsministerin den Weltagrarbericht als „ideologisch“ abtat⁴⁰, ein Großteil der akademischen Agrarforschung zu seinen Erkenntnissen ostentativ schwieg und man den Eindruck gewinnen konnte, dass seine Botschaften ungehört verhallen, war der Bericht der db Research ein wichtiger Beitrag, um den Weltagrarbericht in gewissen Kreisen „salonfähig“ zu machen.

Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung

Unter den ersten institutionellen Reaktionen auf die Veröffentlichung des Weltagrarberichts war die Stellungnahme des UN-Sonderbeauftragten für das Recht auf Nahrung, Prof. Olivier De Schutter:

*Die Schlussfolgerungen des IAASTD sind ein sehr wichtiger Schritt zur Identifizierung und Bewältigung der strukturellen Wurzeln der globalen Ernährungskrise und zur Entwicklung nachhaltiger Ernährungssysteme im 21. Jahrhundert. Ein großer Teil der IAASTD-Arbeit wird vom Konzept des Grundrechts auf Nahrung geprägt, auch wenn sie sich nicht ausdrücklich auf diesen Rechtsrahmen bezieht. Die Schlussfolgerungen des IAASTD und das völkerrechtlich garantierte Recht auf Nahrung ergänzen sich gegenseitig, indem sie den Staaten Leitlinien und praktische Instrumente an die Hand geben, die zur Lösung der globalen Ernährungskrise beitragen können, insbesondere durch Empfehlungen, wie sie Entscheidungen zwischen den verschiedenen bestehenden Modellen der landwirtschaftlichen Entwicklung treffen können. Das Recht auf Nahrung kann den vom IAASTD empfohlenen Paradigmenwechsel unterstützen.*⁴¹

De Schutter rief im Jahr darauf ein Symposium von Agrarökologie-Expert*innen in Brüssel zusammen. Seine Pressemitteilung im Anschluss postulierte „Agrarökologie übertrifft großflächige industrielle Landwirtschaft bei globaler Ernährungssicherung“⁴². In seinem Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2010 fasste De Schutter seine vom Weltagrarbericht angeregte Erforschung der Agrarökologie als das probateste Mittel zur schnellen,

effektiven und kostengünstigen Bekämpfung des Hungers insbesondere in Afrika wie folgt zusammen:

Die durch die Lebensmittelpreiskrise 2008 ausgelösten Reinvestitionen in die Landwirtschaft sind für die konkrete Umsetzung des Rechts auf Nahrung unerlässlich. Vor dem Hintergrund von Umwelt-, Nahrungsmittel- und Energiekrisen ist jedoch die dringendste Frage nicht wie viel, sondern wie. Dieser Bericht untersucht, wie die Staaten eine Neuausrichtung ihrer Agrarsysteme auf hochproduktive und nachhaltige Produktionsweisen erreichen können und müssen, die zur schrittweisen Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung beitragen.

Ausgehend von einem umfassenden Überblick über die in den letzten fünf Jahren veröffentlichte wissenschaftliche Literatur sieht der Sonderberichtersteller die Agrarökologie als einen Weg der landwirtschaftlichen Entwicklung, der starke konzeptionelle Verbindungen zum Recht auf Nahrung aufweist und nachweislich schnelle Ergebnisse für viele gefährdete Gruppen in verschiedenen Ländern und Umgebungen ermöglicht.⁴³

FAO: Reform des Committee on World Food Security

Zu den großen Enttäuschungen in Bezug auf den Prozess des Weltagrарberichts gehört für viele Beteiligte die Tatsache, dass er ein einmaliges Ereignis blieb. Es gab von Anfang an Bestrebungen, ihn nach dem Vorbild des *International Panel on Climate Change* (IPCC) zu einer dauerhaften zwischenstaatlichen Einrichtung zu machen und so eine kontinuierliche Beobachtung, Überprüfung von Thesen, Verfolgung von Trends und eine immer verlässlichere und verbindlichere Bewertung der Entwicklung in der Ernährung und Landwirtschaft zu ermöglichen. Sie wurden andererseits auch von Anfang an, namentlich von Vertreter*innen der Weltbank und der Vereinigten Staaten von Amerika, misstrauisch verfolgt und frühzeitig verhindert. Zu unabhängig waren die Expert*innen in ihrem Urteil, zu divers und unberechenbar der gemischte Aufsichtsrat des Gremiums.

Auch innerhalb der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) wurde der Weltagrарbericht von Anfang an als eine Herausforderung und bei der Themensetzung und Analyse auch als Konkurrent betrachtet. Die Entscheidungsprozesse unter fester staatlicher Kontrolle und eher nach diplomatischen denn nach wissenschaftlichen Regeln der „Wahrheitsfindung“ zu organisieren, entsprach nicht nur den Gewohnheiten der einschlägigen staatlichen Institutionen, sondern auch denen der Interessenvertreter*innen sowohl wirtschaftlicher und ständischer als auch politischer Interessen.

Die FAO hatte bereits seit 1974 ein eigenes „Committee on World Food Security“ (CFS)⁴⁴, das sich freilich gerade in den Krisenjahren 2007/2008 als wenig hilfreich und aktiv erwiesen hatte. Die Reform des CFS war auch eine Reaktion auf Bestrebungen innerhalb der G8-Gruppe, eine von diesem Kreis von Staaten bestimmte und von der Weltbank verwaltete „Global Partnership for Agriculture and Food Security“ (GPAFS) einzurichten. Darin war sowohl der Mehrheit der Staatengemeinschaft als auch der Zivilgesellschaft kaum mehr als die Rolle von Zuschauer*innen zugedacht und die FAO drohte gegenüber der Weltbank deutlich an Einfluss zu verlieren. Die G8 hatte der Weltbank angesichts der Hungerkrise 2007/2008 erhebliche Mittel um die 20 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt, über deren sinnvolle Verwendung die GPAFS diskutieren sollte.

Vor diesem Hintergrund und unter dem Druck der Erkenntnisse des Weltagrarberichts, die sich aus ganz anderen Strukturen entwickelt hatten, kam es 2009 zu einer grundlegenden Reform des CFS. Während weiterhin, anders als im Büro des Weltagrarberichts, allein die Vertreter*innen der Mitgliedsstaaten in dem Gremium abstimmungsberechtigt waren, wurde den Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft in all ihren Ausprägungen eine wichtige beratende Rolle und auch eine Vertretung in den Lenkungsorganen des CFS eingeräumt. Diese Beteiligung gilt heute als vorbildlich innerhalb des UN-Systems. Der „Civil Society Mechanism“ erlaubt zudem eine Art Selbstverwaltung der zivilgesellschaftlichen Mitglieder, die sich vorab auf gemeinsame Beiträge und Positionen im Plenum einigen.

Wichtiger noch als dieses strukturelle Zugehen auf die Zivilgesellschaft war die Einrichtung des „High Level Panel of Experts“⁴⁵ (HLPE), einer hochrangigen Expert*innenrunde zu Fragen der Welternährung, die eng an das CFS angegliedert wurde. Sie verfasst jährlich zwei Berichte zu gemeinsam festgelegten, aktuellen Fragen, die von einer Gruppe von Expert*innen verfasst, zur Kommentierung veröffentlicht, überarbeitet und schließlich vom „Steering Committee“ des HLPE abgenommen wird. Zu ihren Themen gehörten bisher u.a. die Wirkung von Preisschwankungen, Landeigentumsverhältnissen, Klimawandel, Sozialer Sicherung, Agrartreibstoffen, von Kleinbäuer*innen, Ernährungssystemen und Lebensmittelverlusten auf die Welternährung – 2019 liegt der Schwerpunkt auf Agrarökologie.

Der Weltagrarbericht spielte bei der CFS-Reform und der Gründung des HLPE nicht zuletzt deshalb eine wichtige Rolle, weil er von vielen an beiden Prozessen Beteiligten als Beispiel eines innovativen und partizipativen Ansatzes zur Beteiligung eines breiten Spektrums von Expert*innen und Interessengruppen gesehen wurde. Das HLPE wurde so als eine Möglichkeit gesehen, eine politische und wissenschaftliche „Nachfolge“ des Weltagrarberichts in einem permanenten Prozess zu schaffen, der zudem durch die Verbindung von CFS und HLPE direkt in die UN-Politikgestaltung eingreift.

Die HLPE-Berichte atmen freilich sehr viel mehr als der Weltagrarbericht das Bemühen um politische Kompromisse und Konsens-Formulierungen, mit denen alle Beteiligten leben können. Während die zusammengetragenen wissenschaftlichen Erkenntnisse – je nach Zusammensetzung des kleinen Kreises von 5-10 Autor*innen – den Stand des Wissens und die Datenlage jeweils nutzbringend abbilden, sind die Empfehlungen der einzelnen Berichte, die von dem 15-köpfigen „Steering Committee“ besonders kritisch kontrolliert werden, meist von jener Allgemeinheit, die niemandem weh tut, aber auch nicht allzu vielen nützt.

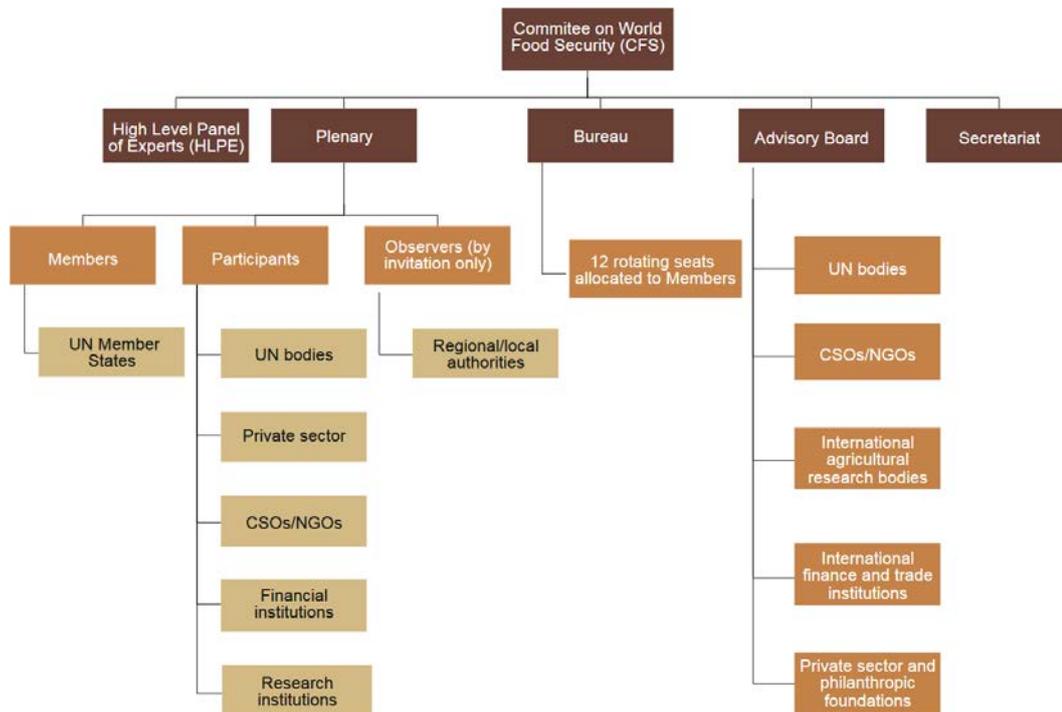


Abbildung 8: Die komplexe Struktur des Committee on World Food Security nach seiner Reform soll allen interessierten Kreisen (stakeholdern) Zugang zur Diskussion gewähren und Entscheidungen der Mitglieder (UN Member States) transparent gestalten. Quelle: Eklin et al.⁴⁶

Folgeuntersuchungen und Publikationen

Die weitere Rezeption und Fortentwicklung der Erkenntnisse des Weltagrarberichts fand an vielen Stellen und in einer Vielzahl von wissenschaftlichen und politischen Kreisen auf der Welt statt. Die im Folgenden kurz vorgestellten und besprochenen Untersuchungen und wissenschaftlichen Berichte lassen sich wie Meilensteine auf dem Weg der zentralen Botschaften des Weltagrarberichts in der veröffentlichten wissenschaftlichen und politischen Debatte des letzten Jahrzehnts lesen. Nicht alle beziehen sich dabei so intensiv auf den Weltagrarbericht, wie ihm dies möglicherweise zugestanden hätte. Die hier präsentierte Reihe erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Einige Berichte, die im gleichen Zeitraum erschienen und teilweise einflussreicher in Bezug auf die weitere Debatte waren, blieben deshalb unberücksichtigt, weil ihr Narrativ sich in keinem Zusammenhang mit dem Weltagrarbericht zu bewegen scheint.

Dies betrifft vor allem solche Veröffentlichungen, die auch weiterhin der produktivistischen Grundhaltung des vergangenen Jahrhunderts verhaftet blieben oder aber sich nur auf einzelne Regionen oder Themenbereiche bezogen. Zu letzteren gehört beispielsweise der bereits eingangs erwähnte und für die globale Debatte zweifellos fundamentale Bericht der *Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES)*.⁴⁷ Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden regelmäßig erscheinende Standardwerke, wie der von der Welternährungsorganisation (FAO) zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), IFAD, UNICEF und dem World Food Programme herausgegebene Bericht zum Stand der Ernährungsunsicherheit⁴⁸ oder der *Agricultural Outlook*⁴⁹ von OECD und FAO.

Die Grenzen der Belastbarkeit des Planeten im Anthropozän

Unter dem Titel „A safe operating space for humanity“ veröffentlichten im September 2009 29 Wissenschaftler*innen ein neues Konzept zur Bewertung der planetaren Umweltbelastungen durch den Menschen.

Obwohl die Erde viele Perioden erheblicher Umweltveränderungen durchlaufen hat, war die Umwelt des Planeten in den letzten 10.000 Jahren ungewöhnlich stabil. In dieser Zeit der Stabilität – von Geologen als Holozän bezeichnet – entstanden, entwickelten und gediehen menschliche Zivilisationen. Diese Stabilität könnte nun gefährdet sein. Mit der industriellen Revolution ist eine neue Ära angebrochen, das Anthropozän, in der menschliches Handeln zum zentralen Treiber globaler Umweltveränderungen geworden ist. Hier könnten menschliche Aktivitäten nun das System Erde aus dem stabilen Umweltzustand des Holozäns hinausbefördern, mit Folgen, die für große Teile der Welt schädlich oder sogar katastrophal sind.⁵⁰

Die Gruppe unter der Leitung des schwedischen Nachhaltigkeitsforschers Johan Rockström vom *Stockholm Resilience Centre* definierte neun globale Stoffkreisläufe, deren Überschreitung jenseits bestimmter Grenzen unumkehrbare Folgen für das ökologische Gesamtsystem der Erde zeitigen könnten. Die Wissenschaftler kombinierten in diesem Konzept bereits allgemein bekannte und anerkannte, kritische globale Stoffkreisläufe, wie etwa den Gehalt von Klimagasen in der Atmosphäre und den Zustand der Ozonschicht in der Troposphäre, mit anderen Kreisläufen, wie der Versauerung der Ozeane, dem globalen Stickstoff- und dem Phosphorkreislauf, der weltweiten Süßwassernutzung, veränderter Landnutzung, Biodiversitätsverlusten, dem Aerosolgehalt der Atmosphäre und der chemischen Verschmutzung. Die letzten beiden Kreisläufe identifizierten die Autor*innen zwar als entscheidend, sahen sich aber außerstande, sie sauber zu quantifizieren. Für die anderen Bereiche setzten sie jeweils akzeptable Belastungsgrenzen – einen „sicheren Betriebsbereich“ – fest, innerhalb dessen sie die Stabilität des Systems noch gewährleistet sehen. So entstand ein neues Bild der Belastung und ihrer Grenzen.

Diese Veröffentlichung hatte eine die weitere Umweltdebatte prägende, langfristige Wirkung. Wie der Weltagrarbericht im Bereich der globalen Landwirtschaft und Ernährung setzte sie in Bezug auf die geophysikalischen und biologischen Grundlagen unseres Verständnisses von Umweltbelastung einen konzeptionellen, wissenschaftlichen Meilenstein des vernetzten Denkens und systemaren Verständnisses des Raumschiffs Erde in Zeiten des Anthropozäns.

Im Jahre 2015 veröffentlichte ein Teil der ursprünglichen Autor*innen eine überarbeitete Version des Konzeptes. Das Resilience Centre an der Universität von Stockholm unterhält eine Webseite, auf der die weitere wissenschaftliche und auch politische Diskussion der „*Planetary Boundaries*“ abgebildet wird.⁵¹

der Lage sein, den prognostizierten Konsumanstieg zu decken. In diesem Szenario hat die Wissenschaft das Potenzial, technologische Lösungen zu entwickeln, die produktiv sind, den Ressourcenverbrauch reduzieren und Biodiversität erhalten, aber nicht alle Antworten liefern werden.

Seine Autor*innen verweisen eindringlich auf die von Rockström, Cruzen, Schellnhuber, Foley und anderen 2009 postulierten planetaren Grenzen im Zeitalter des Anthropozäns. Schon die derzeitige Überstrapazierung der einzelnen Stoffkreisläufe (Treibhausgase, Stickstoff und Phosphor, Artenvielfalt, Süßwasser, Landnutzung, chemische Verschmutzung etc.) sei alarmierend. Völlig unberechenbar seien jedoch die möglichen, nichtlinearen Folgen und Kipp-Punkte dieser natürlichen Kreisläufe aufgrund sich gegenseitig verstärkender Rückkoppelungseffekte, aber auch aufgrund der beschleunigten globalen Wirtschafts- und Finanzströme, mit denen sie verwoben sind.

„Radikal neue Agrar- und Ernährungssysteme“ müssten laut SCAR-Bericht nicht nur so effizient, sondern auch so robust und widerstandsfähig („resilient“) wie möglich sein und dürften schlicht nicht mehr als nötig produzieren. Die unvermeidbare Minimierung von Produktion und Verbrauch pro Person scheine nur dort erreichbar, wo Fortschritt nicht mehr am monetären Wachstum (Bruttosozialprodukt) gemessen werde, sondern am tatsächlichen Beitrag zu Wohlergehen und Gesundheit der Menschen.

Vor allen Dingen warnen die Autor*innen des SCAR-Berichtes davor, dass Rückkoppelungseffekte zwischen einzelnen Faktoren der Verknappung von Ressourcen zu deutlich schnelleren oder auch heftigeren Systemstörungen führen können, als dies die ja bereits alarmierende Einzelanalyse der Entwicklung etwa von Wasserverbrauch, Artenvielfalt, Urbanisierung, Bodendegradation und Erderwärmung annehmen lässt.

Interaktionen, insbesondere Rückkopplungen, können sich weiter intensivieren, beschleunigen oder ihre Richtung ändern, wenn mehrere Treiber kombiniert werden. Diese komplexen multiplen Wechselwirkungen sind entscheidend für Prognosen der globalen Ernährungssicherheit, aber unbekannt. Diese Unbekannten können die globale Nahrungsmittelproduktion stärker und schneller einschränken als jede der jeweiligen Verknappungen. ⁵⁴

Die Autor*innen gehen dabei davon aus, dass die verfügbaren Instrumente der Wissenschaft in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht in der Lage sind, die Unbekannten aufzulösen und zu einigermaßen verlässlichen Prognosen zu kommen. Es stelle sich deshalb nicht die Frage der Investition in ausreichende Forschungsmittel, sondern vielmehr sinnvollen, die Risiken reduzierenden Verhaltens in unbekanntem Räumen.

Eine große Herausforderung, die bisher in der Forschung unterschätzt wurde, ist, dass sich regionale und schließlich auch globale Systeme von Klima, Biodiversität und Wasserzyklen aus ihren historischen Bandbreiten hinaus auf ein neues Gleichgewicht (?) zubewegen, sodass Erfahrungen aus der Vergangenheit möglicherweise keine Grundlage für die Lösungen der Zukunft darstellen. ⁵⁵

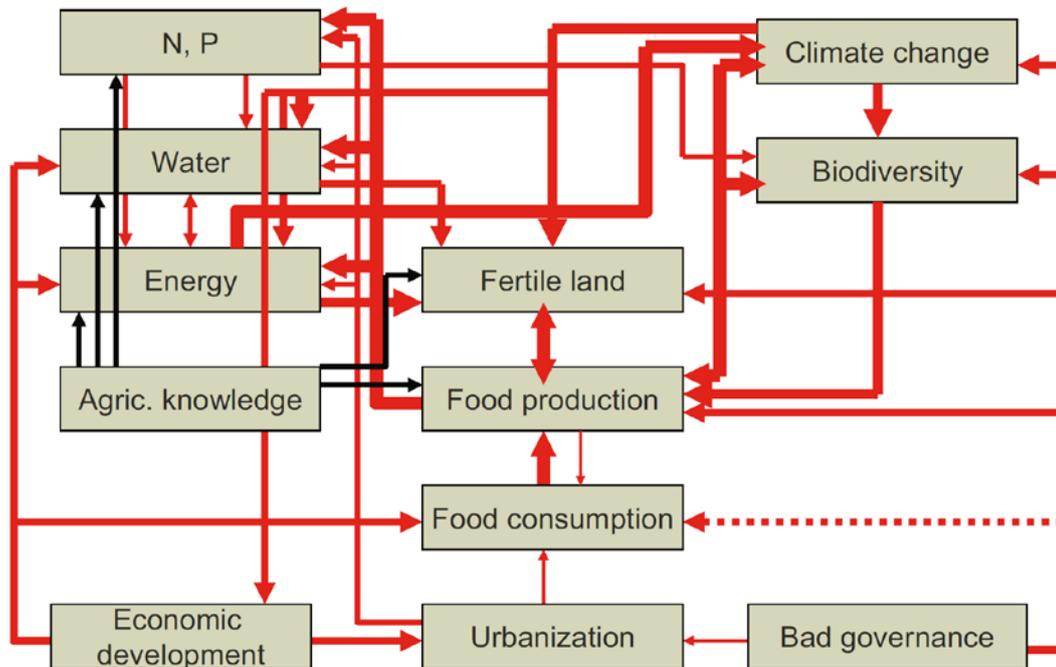


Figure 5.1. Scheme of interactions between scarcities according to our analysis. The size of the arrows indicates the intensity of interactions. Arrows in both directions indicate complex, non-linear feedbacks

Abbildung 10: Schaubild zu den komplexen Interaktionen, gewichtet nach ihrer Intensität, zwischen verschiedenen Knappheiten und ihren Verursachern (Drivers).⁵⁶

Diese fundamentalen Einsichten des SCAR-Berichts bestätigten nicht nur die Botschaft des Weltagrарberichts, sondern entwickeln sie mit wichtigen Impulsen weiter, die dem Konsensverfahren von über 400 Wissenschaftler*innen und 60 Regierungen des IAASTD so nicht zugänglich waren.

Die Schlussfolgerungen der Autor*innen, denen die Repräsentanten der Agrarministerien der EU-Mitgliedsstaaten in ihrem Vorwort im Wesentlichen zustimmten, sind drastisch:

Die zunehmende Verknappung der natürlichen Ressourcen und die Destabilisierung der Umweltsysteme bedrohen nicht nur die zukünftige Nahrungsmittelversorgung, sondern auch die globale Stabilität und den Wohlstand, da sie Armut verschlimmern, internationalen Handel, Finanzen und Investitionen beeinträchtigen und Regierungen destabilisieren können.

Viele der heutigen Lebensmittelproduktionssysteme gefährden die Fähigkeit der Erde, in Zukunft Lebensmittel zu produzieren. Weltweit und in vielen Regionen, auch in Europa, überschreitet die Nahrungsmittelproduktion die Grenzen der Umwelt oder ist kurz davor.

Sowohl in Bezug auf die Nachfrage nach Lebensmitteln als auch auf das Angebot sind drastische Veränderungen erforderlich. In einer Zeit der Verknappung ist es unerlässlich, Produktion und Konsum gleichzeitig anzugehen, um die notwendigen Rückkopplungen einzuleiten und Nahrungsmittelproduktion und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Effizienz und Belastbarkeit sind die neuen Prioritäten gegenüber dem Produktionsvolumen.

Die durchschnittliche westliche Ernährungsweise („western diet“) mit ihrem hohen Fleisch-, Fett- und Zuckeranteil stellt ein Risiko für die individuelle Gesundheit, die Sozialsysteme und überlebenswichtige Ökosysteme dar.

Die Kohärenz von Ernährungs-, Energie-, Umwelt- und Gesundheitspolitik auf allen Ebenen der Verwaltung ist Voraussetzung für einen rechtzeitigen Übergang zu nachhaltigen und gerechten Ernährungssystemen. Dies macht eine neue Qualität von Ordnungspolitik auf lokaler, nationaler und globaler Ebene erforderlich, die maßgeblich von Staat und Zivilgesellschaft zu gestalten ist.

Vielfalt und Koordination sind der Schlüssel zu mehr Effizienz und Widerstandsfähigkeit zukünftiger Agrar- und Ernährungssysteme. Es ist eine Tatsache und ein Vorteil, dass Lebensmittelkonsum und Produktionssysteme vielfältig sind. Diese Vielfalt muss erhalten bleiben oder die Diversifizierung zwischen den verschiedenen Regionen und Anbausystemen gefördert werden. Die Vielfalt der Forschungsrichtungen wird alle Optionen offenhalten, mit denen auf Überraschungen reagiert werden kann.

Forschung, Innovation und landwirtschaftliche Wissenssysteme müssen grundlegend reorganisiert werden. Um den Übergang zu beschleunigen, bedarf es der engen und aktiven Integration von 1) verschiedenen Disziplinen aus den Bereichen Ökologie, Ökonomie, Agronomie, Sozialwissenschaften; 2) Forschung, Innovation und Kommunikation; 3) Landwirten, Lebensmitteleinzelhandel, Technologie, Industrie und Agrarforschung und der Organisation von Forschung und Innovation als Lernprozess.

Machen wir Europa zum globalen Champion der Erforschung von Effizienz und Resilienz von Lebensmittelverbrauch und -produktion!

Suffizienzorientierte Forschung, Innovation und Kommunikation müssen zur Priorität werden.

Ein radikaler Wandel des Verbrauchs und der Produktion von Lebensmitteln in Europa ist unvermeidlich, um den Herausforderungen der Knappheit zu begegnen und das europäische Agrar- und Ernährungssystem in Zeiten zunehmender Instabilität und Überraschung widerstandsfähiger zu machen. Inspiriert davon, dass Europa sich der Herausforderung des Klimawandels in der Industrie stellt und beabsichtigt, die neuen Energietechnologien zu einer Win-Win-Win-Strategie für Markt, Arbeit und Wohlergehen zu machen, sollte der europäische Agrar- und Ernährungssektor nun die Chance nutzen, diese Herausforderung positiv anzunehmen und als erster den Weltmarkt für die nachhaltige Erzeugung gesunder Lebensmittel in einer Welt von Knappheit und Unsicherheiten zu erobern.⁵⁷

Dass der SCAR-Zukunftsbericht im Auftrag der gleichen EU-Agrarminister*innen verfasst wurde, die wenig später die EU-Agrarreform 2014 verabschiedeten und deren Nachfolger*innen nun an der Folgerunde der Gemeinsamen Agrarpolitik 2021 arbeiten, ist schwer nachvollziehbar. Buchstäblich keine der hier formulierten konzeptionellen Ansätze lässt sich bisher in ihren Beschlüssen wiederfinden.

Der Paradigmenwechsel der FAO: Save and Grow

Die erste ernsthafte Annäherung der UN-Welternährungsorganisation (FAO) an die unbequemen Wahrheiten des Weltagrarberichts ist in ihrem 2011 erschienenen *Leitfaden für politische Entscheidungsträger zur nachhaltigen Intensivierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft* unter dem Titel „Save and Grow“ nachzulesen.⁵⁸ Hier findet sich zum ersten Mal seitens der FAO das große Wort vom Paradigmenwechsel. Im Vorwort dieses programmatischen Werkes schrieb der scheidende FAO-Generaldirektor Jacques Diouf, dessen Amtszeit noch ganz im Zeichen der klassischen Produktivitäts-Schlachten des vergangenen Jahrhunderts gestanden hatte:

Das gegenwärtige Paradigma der intensiven Pflanzenproduktion wird den Herausforderungen des neuen Jahrtausends nicht gerecht. Um zu wachsen, muss die Landwirtschaft lernen zu er-

halten. Dieses Buch stellt ein neues Paradigma vor: die Intensivierung der nachhaltigen Pflanzenproduktion, die mehr auf der gleichen Fläche produziert, gleichzeitig Ressourcen schont, negative Auswirkungen auf die Umwelt reduziert und das Natur-Kapital und den Fluss von Ökosystemdienstleistungen verbessert.

Die nachhaltige Intensivierung kleinbäuerlicher Pflanzenproduktion ist eines der strategischen Ziele der FAO. Unser Ziel für die nächsten 15 Jahre ist es, Entwicklungsländer bei der Umsetzung von „Save and Grow“-Politiken und -Ansätzen zu unterstützen.⁵⁹

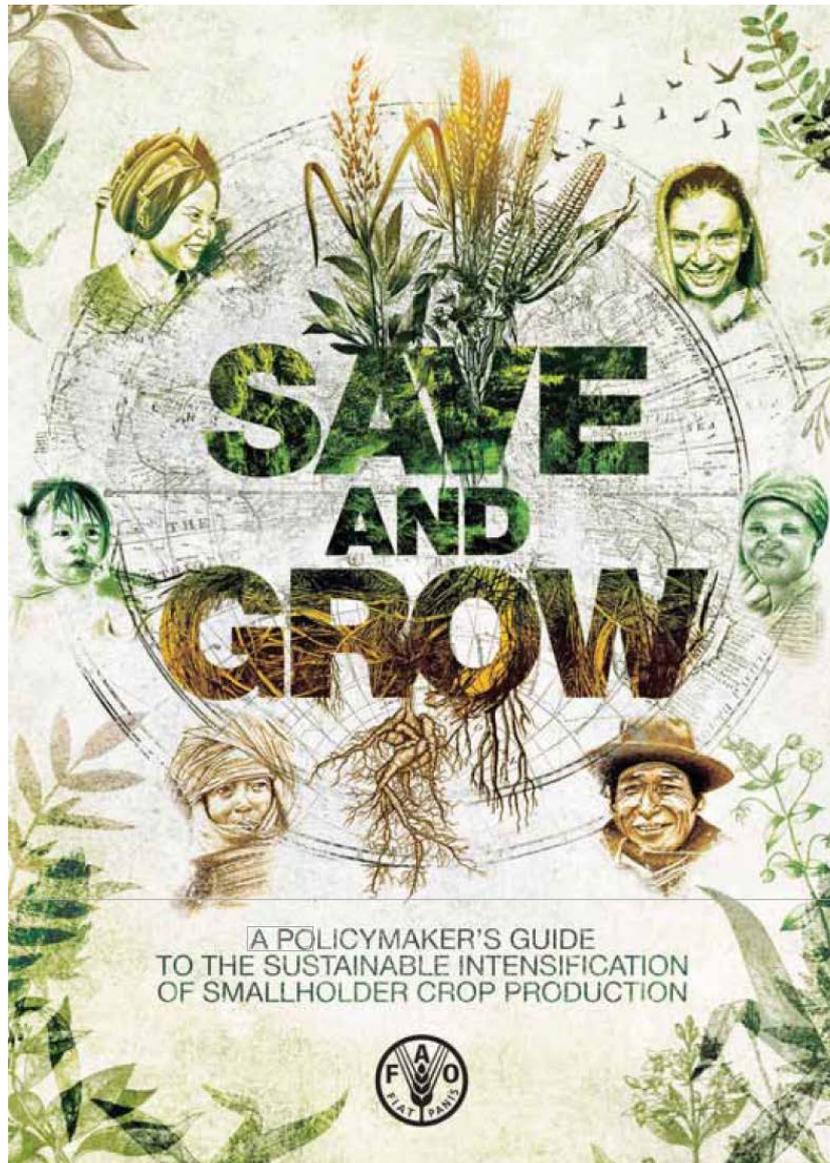


Abbildung 9: Einen Paradigmenwechsel forderte dieser „Leitfaden für politische Entscheidungsträger zur nachhaltigen Intensivierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft“ der Welternährungsorganisation FAO im Jahre 2011⁶⁰.

Unter ihrem neuen Generaldirektor José Graziano da Silva öffnete sich die FAO demonstrativ für den Diskurs nach außen. Da Silva unterzeichnete öffentlichkeitswirksam Vereinbarungen der Zusammenarbeit mit der Kleinbauernorganisation „La Vía Campesina“ und den Ernährungsrebellens von „Slow Food“. Der Brasilianer, der als Kleinbauern-Minister der sozialistischen Regierung zu den treibenden Kräften des „Null-Hunger“-Programms gehörte, stand für

eine Art amerikanisch-sozialdemokratische Umsetzungsstrategie. Als „Genosse der Agrar-bosse“ setzte sein Chef Luiz Inácio Lula da Silva – im Schatten der noch immer feudal organisierten, gigantischen Agrarexportindustrie Brasiliens – in den Dörfern Schulesen durch, das von den lokalen Kleinbauern geliefert wurden, verteilte staatlich aufgekaufte Parzellen an Landlose und richtete Universitäten für Bauernkinder ein. Neben dem „eigentlichen“ Ministerium für Landwirtschaft verwaltete José Graziano da Silva damals ein eigenes Ministerium für Ernährungssicherheit, dessen Nachfolgeministerium für soziale Entwicklung und den Kampf gegen Hunger zu den großen Förderern agrarökologischer Konzepte und auch Ausbildung wurde.

Lokale Selbstversorgung, Agrarökologie, regionale Märkte und Genossenschaften am Rande der großen Felder globaler Agrarkonzerne und der Rohstoffindustrie, auf denen Flotten satellitengesteuerter Großgeräte und Drohnen ihrer Präzisionslandwirtschaft nachgehen? Internationale „Bioökonomie“-Unternehmen als Sponsoren sozialer Mindestsicherung, von Förderprogrammen für die Bildung von Mädchen und Investoren in soziales Unternehmertum? Derart politisch unkorrekte Innovationsvisionen sind ganz nach dem Geschmack einer neuen Generation von staatlichen, privaten und gemeinnützigen Entwicklungsstrateg*innen und Expert*innen, deren Lehrer*innen bereits nicht mehr in den moralischen Kategorien der postkolonialen Nachkriegs-Ära verhaftet waren. Ihr eigenes Bild von unserem blauen Planeten ist nicht mehr die „Blue Marble“ aus der Apollokapsel, sondern der Satellitenhybrid von Google-Earth, der sich mit dem Mausrad beliebig heranzoomen und wieder entfernen lässt.

In Brasilien und seinen Nachbarstaaten fand seither ein politisches Rollback statt, das für derartige Visionen im offiziellen Denken und politischen Handeln keinen Platz mehr lässt und für das Agrarökologie schlicht eine subversive, möglicherweise kommunistische Ideologie ist.

Das Konzept der nachhaltigen Intensivierung, wie es in „Save and Grow“ postuliert wurde, war freilich nur ein erster Schritt zur Anerkennung zusätzlicher Prioritäten der Agrarpolitik und Agrarforschung. Es dient heute eher als konzeptionelle Vorlage für eine Fortsetzung von technologie- und wachstumsorientierten Agrarstrategien, die jedoch den ökologischen Imperativ, der sich aus Klimawandel und Artensterben, Bodendegradation und Ressourcenverknappung ergibt, nicht länger leugnet. „More with less“, so die Formulierung des ehemaligen Agrarkonzerns Monsanto, bleibt dem Produktivismus durchaus verhaftet, sucht dabei aber nach ökologischen Lösungen und Innovationen im Rahmen von „Wachse oder Weiche“ auf der ökonomisch-sozialen Ebene sowie chemischer und biotechnologischer Strategien auf der technologischen Seite.

Der Green Economy Report der Vereinten Nationen

Zur Vorbereitung des Rio+20-Nachhaltigkeitsgipfels im Jahre 2012 erschien Ende 2011 in der Reihe des seit 1949 erscheinenden „World Economic and Social Survey“ der Abteilung für Wirtschaft und Soziales der Vereinten Nationen ein programmatischer Text unter dem Titel „The Great Green Technological Transformation“⁶¹. Diese große grüne Technologietransformation wurde vom damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon als ein Ansatz umschrieben,

der unter einem Banner die gesamte Bandbreite wirtschaftlicher Politiken mit Relevanz für nachhaltige Entwicklung vereint.

Dass schon die erste Überschrift des Berichts mit der der Pressemitteilung des Weltagrarberichts „Weiter wie bisher ist keine Option“ übereinstimmte, war kein Zufall. Der Bericht geht mit den Erfolgen der „Grünen Revolution“ der 60er und 70er Jahre unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten hart ins Gericht und fordert eine neue, „wirklich grüne“ Revolution. Zwar übernahm er das Produktivitäts-Narrativ der FAO der damaligen Zeit, demzufolge eine wachsende und wohlhabendere Weltbevölkerung bis 2050 eine Steigerung der Agrarproduktion um rund 70% erfordere, ähnlich unkritisch wie dies auch in weiten Teilen des Weltagrarberichts noch geschah. In erster Linie fordert er jedoch eine ökologische Intensivierung der Produktion entsprechend den lokalen und regionalen Erfordernissen und Möglichkeiten sowie deren direkte Anbindung an den Verbrauch vor Ort als zentralen Motor der Veränderung. Dies könne gerade in armen Ländern nur von den Kleinbauern und Kleinbäuerinnen geleistet werden.

Die größte Herausforderung besteht darin, die Anreize zu verbessern, um die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft durch Kleinbauern zu fördern. Es hat sich gezeigt, dass für die meisten Kulturen der optimale Betrieb klein ist, und auf dieser Ebene können die meisten Erfolge sowohl bei der nachhaltigen Produktivitätssteigerung als auch bei der Verringerung der ländlichen Armut erzielt werden.⁶²

Es komme bei der Entwicklung von lokalen „sustainable agricultural innovation systems (SAIS)“ darauf an, die verfügbare Innovationskraft armer bäuerlicher Gemeinden und besonders der hier lebenden und arbeitenden Frauen freizusetzen und ihre Erfahrungen möglichst vielen Kolleg*innen zugänglich zu machen.

Meistens sind Innovationen lokaler Landwirte und ländlicher Gemeinschaften Teil ihrer Überlebensstrategien und Antworten auf Bodendegradation, Wasserknappheit, HIV/AIDS, Katastropheneignisse und andere Faktoren. Leider fehlen in der Regel die Voraussetzungen, um ihre Erfahrungen und Erfolge in einem größeren Maßstab zu nutzen. Während einheimische Bäuerinnen enorme Erfahrung im Umgang mit der biologischen Vielfalt und mit traditionellem Wissen für eine nachhaltige Landwirtschaft haben, verhindert der mangelnde Zugang zu Land, Betriebsmitteln und Krediten oft die Ausweitung ihrer Erfolge.⁶³

Der Bericht würdigt in dem deutlichen Bemühen, auch internationale Konzerne in den grünen Innovationskonsens einzubinden, auch die Potenziale neuer Technologien, namentlich der Biotechnologie, für mögliche künftige nachhaltige Anwendungen. Er betont aber, dass sie nur dort zum Zuge kommen könnten, wo Innovationen als „öffentliche Güter“ allen Beteiligten zur freien Verfügung stünden und dem keine Patente entgegenstünden und Entwicklung und Forschung sich auf die jeweils vor Ort entscheidenden Nahrungsmittel-Pflanzen konzentriert.

Insgesamt ist dem Bericht zufolge die dringend erforderliche „wirklich grüne“ Revolution in der Landwirtschaft weiblich, partizipativ, lokal angepasst, möglichst kleinteilig und vielfältig. Internationale Unterstützung sei bei der Finanzierung und Zugänglichkeit von Technologien, bei besseren Kreditmöglichkeiten für Kleinbäuerinnen und der Verhinderung von Spekulation mit Lebensmitteln und Ackerland von besonderer Bedeutung. Nicht zuletzt war der Green Economy Report ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zu den neuen Nachhaltigkeitszielen, die die Vereinten Nationen im Jahre 2015 verabschieden sollten.

SDGs: Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

Gegenüber den holzschnittartigen und noch ganz im alten Duktus klassischer Entwicklungshilfe formulierten sogenannten Millenniums-Ziele der Vereinten Nationen sind die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) und ihre 169 Umsetzungsvorschläge bzw. Unterziele, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 verabschiedete, zweifellos ein gewaltiger Fortschritt. Dass sie sich an die Industrienationen ebenso richten wie an die sogenannten Entwicklungsländer; dass nicht einfach eine Halbierung der Zahl der Hungernden, sondern genügend *und* gesundes Essen für alle gefordert wird; dass die Nachhaltigkeit nicht ein Ziel von vielen, sondern das Wesen der Zielsetzung ist – all dies sind Meilensteine auf dem Weg zu einem globalen Konsens über gemeinsame Ziele der Menschheit und deren Umsetzung.

Die Erkenntnisse des Weltagrarberichts spielten naturgemäß besonders bei Ernährung (SDG 2), dem Schutz der Landökosysteme (SDG 15), von Wäldern, Boden und biologischer Vielfalt, aber auch in Bezug auf ein gesundes Leben für alle (SDG 3) eine wichtige Rolle.

Der deutlich veränderte Ton und die Differenziertheit des Aktionsplans im Detail garantieren durchaus nicht die Umsetzung der hochgesteckten Ziele. Er spiegelt aber eindeutig einen globalen Bewusstseinswandel in Bezug auf Fragen der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft und Ernährung wider. Wie weit die Menschheit von dem Ziel der Überwindung des Hungers weiterhin entfernt ist, ja sich in den letzten Jahren sogar wieder weiter entfernt hat, zeigt freilich auch, welche bescheidene, wenn auch unverzichtbare Rolle das richtige Bewusstsein dabei in Wirklichkeit spielt. Unzweifelhaft ist, dass nicht zuletzt wegen der intensiven Lobbyarbeit des ehemaligen Ko-Präsidenten des Weltagrarberichts Hans Herren und seiner Stiftung „Biovision“, und den von ihm inspirierten Verhandler*innen auf Seiten verschiedener NGOs und Staaten, die UN-Nachhaltigkeitsziele ein Ausdruck ökologischer und sozialer Aufklärung sind.

Ziel 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

2.1 Bis 2030 den Hunger beenden und sicherstellen, dass alle Menschen, insbesondere die Armen und Menschen in prekären Situationen, einschließlich Kleinkindern, ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben

2.2 Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden, einschließlich durch Erreichung der international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren bis 2025, und den Ernährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen Rechnung tragen

2.3 Bis 2030 die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen von kleinen Nahrungsmittelproduzenten, insbesondere von Frauen, Angehörigen indigener Völker, landwirtschaftlichen Familienbetrieben, Weidetierhaltern und Fischern, verdoppeln, unter anderem durch den sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, anderen Produktionsressourcen und Betriebsmitteln, Wissen, Finanzdienstleistungen, Märkten sowie Möglichkeiten für Wertschöpfung und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung

2.4 Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern

2.5 Bis 2020 die genetische Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Nutz- und Haustieren und ihren wildlebenden Artverwandten bewahren, unter anderem durch gut verwaltete und diversifizierte Saatgut- und Pflanzenbanken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, und den Zugang zu den Vorteilen aus der Nutzung der genetischen Ressourcen und des damit verbundenen traditionellen Wissens sowie die ausgewogene und gerechte Aufteilung dieser Vorteile fördern, wie auf internationaler Ebene vereinbart

2.a Die Investitionen in die ländliche Infrastruktur, die Agrarforschung und landwirtschaftliche Beratungsdienste, die Technologieentwicklung sowie Genbanken für Pflanzen und Nutztiere erhöhen, unter anderem durch verstärkte internationale Zusammenarbeit, um die landwirtschaftliche Produktionskapazität in den Entwicklungsländern und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern zu verbessern

2.b Handelsbeschränkungen und -verzerrungen auf den globalen Agrarmärkten korrigieren und verhindern, unter anderem durch die parallele Abschaffung aller Formen von Agrarexportsubventionen und aller Exportmaßnahmen mit gleicher Wirkung im Einklang mit dem Mandat der Doha-Entwicklungsrunde

2.c Maßnahmen zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens der Märkte für Nahrungsmittelrohstoffe und ihre Derivate ergreifen und den raschen Zugang zu Marktinformationen, unter anderem über Nahrungsmittelreserven, erleichtern, um zur Begrenzung der extremen Schwankungen der Nahrungsmittelpreise beizutragen.⁶⁴

TEEB: Die ökonomische Taxierung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Zu den groß angelegten Berichten unter der Ägide der Vereinten Nationen gehört der von Pavan Sukhdev und Alexander Müller koordinierte Bericht „*The Economics of Ecosystems and Biodiversity*“ (TEEB). Sein Thema ist es, ökonomische Bemessungsformen und Messgrößen („*metrics*“) für Gemeingüter wie Artenvielfalt, Gesundheit und ökologische Dienstleistungen, aber auch für natürliche Ressourcen zunächst theoretisch zu begründen und dann Vorschläge zu ihrer politischen Umsetzung zu machen. „Messen, worauf es wirklich ankommt“, ist der Anspruch dieses bisher wegen seiner Komplexität zu Unrecht nur wenig über wissenschaftliche und politische Expert*innen-Zirkel hinaus bekannt gewordenen Berichtes.

Der speziell auf die Agrar- und Lebensmittelaspekte fokussierte Bericht⁶⁵ erschien 2018 nach vier Jahren intensiver Forschung und Datenverarbeitung. Er lässt in seiner Einleitung an Klarheit wenig zu wünschen übrig:

Die Hinweise häufen sich, dass die heutigen Landwirtschafts- und Ernährungssysteme kaputt sind: 1) Unsere Ernährung ist inzwischen die Hauptursache für Krankheiten 2) mehr als 815 Millionen leiden unter Hunger 3) über 650 Millionen leiden unter Adipositas 4) und über zwei Milliarden sind von Fehlernährung betroffen. Bei Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungskette von Lebensmitteln, einschließlich der Rodung (Abholzung) von Land, Verarbeitung, Verpackung, Transport und Abfall, sind unsere Lebensmittelsysteme für schätzungsweise 43-57 Prozent der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Während sich

unser Verständnis für die Komplexität und die weitreichenden Auswirkungen von Ernährungssystemen weiter verbessert, müssen wir uns immer wieder wundern über die anhaltende Unzulänglichkeit der heute üblichen Bemessung (Metriken) der Leistungen unseres Nahrungsmittelsystems.⁶⁶

Der Anspruch der Autor*innen ist kein geringerer als die Entwicklung eines universellen, integrierten Denk- und Bewertungssystems, das Klimawandel, Biodiversität, Landwirtschaft, Ernährung und menschliche Gesundheit zusammendenkt – ebenso wie gerechte und dadurch funktionale Produktionsverhältnisse für rund eine Milliarde Menschen, die auf höchst unterschiedliche Art direkt in der Nahrungsmittelproduktion tätig sind.

Die zentralen Botschaften des TEEB sind:

- *Öko-Agrar-Lebensmittelsysteme werden heute durch eine schmale, unvollständige und verzerrende Linse namens „Pro-Hektar-Produktivität“ betrachtet und bewertet.*
- *Um unser kaputtes Ernährungssystem zu reparieren, müssen wir zuerst unsere Bemessungssysteme (Lebensmittelmetriken) reparieren.*
- *Dafür benötigen wir ein robustes und weitwinkliges Objektiv, das die Leistung eines Öko-Agrar-Lebensmittelsystems zu messen vermag.*
- *Die Navigation durch Öko-Agrar-Lebensmittelsysteme nach dem Maßstab von „Produktivität pro Hektar“ gleicht der Navigation im Weltraum mit einem Schiffskompass.*
- *Die Marktpreise für Lebensmittel sagen nicht die Wahrheit – oft zahlen wir einen zweiten Preis für Umweltzerstörung und für ernährungsbedingte Krankheiten.*
- *Die Landwirtschaft ist der größte Arbeitgeber der Welt – es geht dabei um die Verbesserung der Lebensgrundlagen von 1 Milliarde Menschen.⁶⁷*

Dabei stellt der TEEB eine Reihe von Fakten zusammen, die den Kontext seiner Forderung nach einer Neubewertung der Leistungen der Landwirtschaft illustrieren:

- *70 bis 90 Prozent der weltweiten Entwaldung dienen landwirtschaftlicher Expansion.*
- *Schätzungsweise 80 Prozent der Lebensmittel, die in ernährungsunsicheren Regionen konsumiert werden, werden dort vor Ort, hauptsächlich von Frauen angebaut, während die Agrarindustrie für die Ernährungssicherheit kaum eine Rolle spielt.*
- *Laut FAO könnten Frauen, hätten sie den gleichen Zugang zu Ressourcen (Land, Kredite, Bildung usw.) wie männliche Bauern, die Erträge um 20 bis 30 Prozent steigern und so bis zu 150 Millionen Menschen vom Hunger befreien.*
- *Etwa ein Drittel der Lebensmittel, die jedes Jahr auf der Welt für den menschlichen Verzehr produziert werden, gehen verloren oder werden verschwendet – genug, um die Hungernden der Welt sechsmal zu ernähren.*
- *Rund 40 Prozent der verfügbaren landwirtschaftlichen Nutzfläche werden heute für den Anbau von Lebensmitteln genutzt, eine Zahl, die bis 2050 unter einem „Business-as-usual“-Szenario auf unwahrscheinliche 70 Prozent steigen müsste.*
- *33 Prozent der Landoberfläche der Erde sind mäßig bis stark von einer Art von Bodendegradation betroffen, die hauptsächlich auf Erosion, Versalzung, Verdichtung, Versauerung oder chemische Verschmutzung der Böden zurückzuführen ist.*
- *Sechs der weltweit elf wichtigsten Risikofaktoren für Krankheitsbelastung sind ernährungsbedingt.*
- *Die Weltgesundheitsorganisation schätzt die weltweiten direkten Kosten von Diabetes auf mehr als 827 Milliarden US-Dollar pro Jahr.*

- *Nicht sichere Lebensmittel, die schädliche Bakterien, Viren, Parasiten oder chemische Substanzen enthalten, verursachen mehr als 200 Krankheiten und schätzungsweise 600 Millionen Menschen – fast jeder Zehnte auf der Welt – erkranken an kontaminierten Lebensmitteln, jährlich 420.000 Menschen sterben daran.*
- *61 Prozent der kommerziellen Fischbestände werden vollständig befischt und 29 Prozent sind überfischt.*
- *In einem „business-as-usual“-Szenario werden die Ozeane 2050 mehr Plastik (Gewicht) enthalten als Fisch.⁶⁸*

Syndemie: Die drei Geißeln der Menschheit

Eine auf den ersten Blick verblüffende „Syndemie“ diagnostizierte die „Kommission zu Fettleibigkeit“ des medizinischen Fachblatts „The Lancet“ im Januar 2019. 26 Expert*innen aus 14 Ländern warnen nach dreijähriger Arbeit an dem Thema davor, dass sich drei globale Seuchen oder Pandemien – Fettleibigkeit, Unterernährung und Klimawandel – zu einer „globalen Syndemie“ vereint hätten.

Fehlernährung in all ihren Formen, einschließlich Fettleibigkeit, Unterernährung und anderen Ernährungsrisiken, ist weltweit die Hauptursache für schlechte Gesundheit. In naher Zukunft werden die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels diese gesundheitliche Herausforderung noch beträchtlich verschärfen. Der Klimawandel kann wegen seiner weitreichenden Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen und von Natursystemen, von denen wir abhängen (d.h. der planetarischen Gesundheit), als eine Pandemie angesehen werden.

Diese drei Pandemien – Adipositas, Unterernährung und Klimawandel – sind eine globale Syndemie, von der die meisten Menschen in allen Ländern und Regionen der Welt betroffen sind. Sie stellen eine Syndemie bzw. Synergie von Epidemien dar, weil sie gleichzeitig und am selben Ort ausbrechen, miteinander interagieren und dabei komplexe Folgeerscheinungen erzeugen, sowie gemeinsame gesellschaftliche Ursachen haben. Diese Kommission empfiehlt umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung von Fettleibigkeit im Rahmen dieser Globalen Syndemie, welche die überragende gesundheitliche Herausforderung darstellt für die Menschen, die Umwelt und unseren Planeten im 21. Jahrhundert.⁶⁹

„Bis jetzt wurden Unterernährung und Fettleibigkeit als Gegensätze von entweder zu wenig oder zu viel Kalorien angesehen“, erklärte der Ko-Vorsitzende der Kommission, Prof. Boyd Swinburn von der University of Auckland in einer Pressemitteilung⁷⁰ zur Veröffentlichung des Berichtes. „In Wirklichkeit werden beide von denselben ungesunden, ungerechten Ernährungssystemen angetrieben und von einem Wirtschaftssystem getragen, das einseitig auf Wachstum ausgerichtet ist und die negativen Folgen für Gesundheit und Gerechtigkeit ignoriert.“ Industrielle Agrarsysteme setzen vor allem auf die Produktion von energiereichen Grundnahrungsmitteln statt auf ausreichend nährstoffreiche Nahrung. Produktion und Konsum hochverarbeiteter Lebensmittel seien die wichtigste Ursache der Adipositas-Pandemie. Dieses Ernährungssystem führe zugleich zu schweren Umweltschäden, sei verantwortlich für bis zu 29% der anthropogenen Treibhausgasemissionen und verursache das Abholzen der Wälder, Bodendegradation und ein massives Artensterben.

Zu den Hauptverursachern dieser „globalen Syndemie“ gehörten neben Ernährung und Landwirtschaft auch Verkehr, Städteplanung und Landnutzung.

Das Problem der Fettleibigkeit bestehe im Wesentlichen aus vier Aspekten:

Erstens, die Verbreitung von Fettleibigkeit nimmt in jeder Region der Welt zu. Kein Land hat die Epidemie erfolgreich rückgängig gemacht, weil die systemischen und institutionellen Treiber der Adipositas weitgehend unbeeinträchtigt bleiben. Zweitens wurden viele evidenzbasierte politische Empfehlungen zur Eindämmung und Umkehrung der Adipositasraten von den Mitgliedstaaten auf mehreren Sitzungen der WHO in Laufe von fast drei Jahrzehnten gebilligt, jedoch nicht sinnvoll und messbar umgesetzt. Solche lückenhaften Fortschritte sind auf das zurückzuführen, was die Kommission als politische Trägheit bezeichnet. Dies ist ein Sammelbegriff für eine Kombination aus unzureichender politischer Führung und Verwaltung beim Ergreifen von Maßnahmen gegen die globale Syndemie, massiver Ablehnung dieser Maßnahmen durch starke kommerzielle Interessen und fehlender öffentlicher Nachfrage nach politischem Handeln. Drittens werden die enormen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Belastungen (...) nicht als dringend genug angesehen (...) und schließlich wurde Fettleibigkeit in der Vergangenheit stets isoliert von anderen großen globalen Herausforderungen betrachtet.⁷¹

Die Kommission hat neun Empfehlungen und mehr als 20 vordringliche Maßnahmen parat: Auf nationaler und internationaler Ebene müssten zunächst einfach die Maßnahmen vollständig umgesetzt werden, die in internationalen Richtlinien, Resolutionen und Verträgen bereits vereinbart wurden. Sie schlägt ein rechtlich bindendes Rahmenwerk zu Ernährungssystemen vor, ähnlich den UN-Rahmenübereinkommen zu Tabak oder zum Klimawandel, um einzelne Länder bei der Entwicklung einer nachhaltigen und gesunden Lebensmittelpolitik zu unterstützen. Kommunalverwaltungen und das Engagement der Zivilgesellschaft müssten gestärkt werden, um auf allen Ebenen Druck zu erzeugen. Zudem müsse der Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik reduziert werden, etwa durch klare Leitlinien zu Interessenkonflikten.

Es ist wichtig, zu erkennen und auszusprechen, dass die bestehenden politisch-ökonomischen Systeme und Marktbedingungen Unternehmen Anreize bieten, die weltweite Syndemie zu fördern und ihnen erlauben, politische Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zu verhindern. Wirtschaftlich gesprochen ist dies ein klarer Fall von Geschäftserfolg (für vermögende Unternehmen) durch Marktversagen (negative Gesundheits- und Umweltauswirkungen). Mit anderen Worten erlauben oder fördern die derzeitigen Systeme die Privatisierung von Gewinnen und Vergesellschaftung der Kosten der Syndemie.⁷²

Die Ordnungspolitik müsse nachhaltige und gesundheitsfördernde Geschäftsmodelle anregen, damit es für Unternehmen nicht rentabel ist, den Fokus nur auf kurzfristige Gewinne zu legen. Außerdem müssten wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen der Preis für Krankheiten, Umweltschäden und Treibhausgasemissionen in die Kosten der Produkte einbezogen wird.

Die fossilen Energie- und Nahrungsmittelunternehmen, die für diese globale Syndemie verantwortlich sind, erhalten jährlich mehr als 5 Billionen Dollar an staatlichen Subventionen. Die Kommission empfiehlt den Regierungen, diese Subventionen in nachhaltigere Praktiken in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Ernährung zu verlagern.⁷³

Die Kommission fordert schließlich mehr Rechte für Verbraucher*innen. Sie brauchen Informationen über die Umweltbelastung und die gesundheitlichen Auswirkungen von Produkten. „Verbraucher wissen jedoch oft nicht einmal, was sie zu sich nehmen, weil die Etiketten keine verständlichen Informationen liefern“, schreibt FAO-Generaldirektor José Graziano da Silva, in einem Kommentar⁷⁴ zu dem Bericht und fordert: „Verbraucher müssen befähigt werden,

fundierte Entscheidungen für eine gesunde Ernährung zu treffen.“ Nur bei klarer Kennzeichnung könnten sie durch ihre Nachfrage Druck auf Konzerne ausüben.

Während freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie sich bisher als weitgehend unwirksam erwiesen hätten, gebe es eine Reihe von höchst erfolgversprechenden Maßnahmen, bei denen zwei bis drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden könnten. Als ein Beispiel nennen die Autor*innen den Ersatz von Autoverkehr in der Stadt durch aktiven Transport (zu Fuß oder mit dem Rad), der sowohl CO₂-Emissionen als auch Bewegungsmangel, eine der Hauptursachen von Übergewicht, reduzieren helfe. Er setze sichere Nachbarschaften voraus und helfe zudem dabei, „Lebensmittel-Wüsten“ zu vermeiden, in denen gesunde Lebensmittel nur noch mit dem Auto erreichbar sind. Die dafür nötige Verdichtung der Städte helfe, wertvolles Ackerland in der Umgebung zu erhalten und für die lokale Versorgung nutzbar zu halten.

Die meisten praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Über- und Unterernährung seien freilich seit Jahrzehnten nicht nur Wissenschaftler*innen, sondern auch Politiker*innen wohlbekannt, betonen die Autor*innen. Ihre Umsetzung scheitere an der von interessierten Unternehmen und ihren Verbänden systematisch herbeigeführten politischen Untätigkeit.

Der wohl größte Beitrag, den Unternehmen zur Bekämpfung der weltweiten Syndemie leisten könnten, besteht darin, nicht länger enorme Anstrengungen und Ressourcen zu investieren, um der Verabschiedung von Vorschriften und einer Steuerpolitik im Interesse der Allgemeinheit entgegenzuwirken.⁷⁵

IPES-Food: Eine Serie von Berichten und Fallstudien

Nachdem er seine Amtszeit als Sonderberichterstatler der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung 2014 turnusmäßig beendet hatte, gründete der belgische Rechtsprofessor Olivier De Schutter im Jahre 2015 zusammen mit 27 Expert*innen aus aller Welt das *International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES-Food)*⁷⁶. Diesem Think-Tank gehören eine ganze Reihe von Autor*innen des Weltagrarberichts an, darunter auch dessen damaliger Ko-Präsident Hans Herren. Mit den bescheidenen, dem Panel von privaten Stiftungen zur Verfügung gestellten Mitteln haben die internationalen Expert*innen seither eine kleine Reihe von Berichten veröffentlicht, die sich vor allem auf die Komplexität und Verwobenheit von Ernährung, Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung sowie von Wissen, Macht und Politik konzentrieren. IPES-Food hat die Grundbotschaften und Herangehensweise des Weltagrarberichts seither an wesentlichen Schnittstellen fortentwickelt und verfeinert. In seinem ersten konzeptionellen Bericht beschreibt IPES-Food seine Herangehensweise so:

Eine Diskussion über Nahrungsmittelsysteme bezieht sich auf das ganze Netz von Akteuren, Prozessen und Interaktionen, die am Anbau, an der Verarbeitung, Verteilung, dem Konsum und der Entsorgung von Lebensmitteln beteiligt sind, von der Bereitstellung von Inputs und der Ausbildung der Landwirte über die Verpackung und Vermarktung von Produkten bis hin zum Recycling von Abfällen. Eine ganzheitliche Perspektive auf Nahrungsmittelsysteme beschäftigt sich damit, wie diese Prozesse untereinander und mit dem ökologischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kontext interagieren. Sie beleuchtet auch verstärkende und ausgleichende Rückkopplungsschleifen, Spannungen zwischen den verschiedenen Komponenten und Strömen von

Nahrungsmittelsystemen und Wechselwirkungen, die zyklisch, vielschichtig und mehrdimensional sind. Es ist eine Art des Nachdenkens über die Welt, die versucht, die linearen und nichtlinearen Beziehungen zwischen den verschiedenen Komponenten des Systems zu identifizieren.⁷⁷

Dieser Anspruch, darzustellen und zu berücksichtigen, dass „alles mit allem zusammenhängt“ stellt sich einer Herausforderung, vor der Wissenschaftler*innen wie Politiker*innen, vor allem aber jene, die sich mit der öffentlichen Kommunikation dieser Zusammenhänge befassen, regelmäßig und aus gut nachvollziehbaren Gründen kapitulieren. Doch nur eine neue, angewandte Wissenschaft nachhaltiger Ernährungssysteme wird in der Lage sein, uns zu zeigen, wie die notwendigen Stellschrauben gleichzeitig und gleichberechtigt in die richtige Richtung gedreht werden können. Man könnte diesen Ansatz auch als den demokratischen Aufklärungsanspruch wider den Populismus der technologischen Einzellösungen bezeichnen.

TABLE 1

	EXPERT PANELS & COMMITTEES	SCIENTIFIC ASSESSMENTS & ASSESSMENT BODIES	RESEARCH PROGRAMMES, CONSORTIA & UMBRELLA NETWORKS	COMMUNICATIONS & RESOURCE SHARING PLATFORMS
NUTRITION, DIETS & PUBLIC HEALTH	Commission on Ending Child Obesity (ECHO) of WHO, 2014-2015	Access to Nutrition Index (ATNI) expert group & independent advisory panel, 2013-	EAT research consortium, 2014-	EAT Stockholm Forum, 2014-
	Lancet-UiO Independent Panel on Global Governance for Health		CGIAR research programme: Agriculture for Nutrition and Health, 2012-	
	Global Panel on Agriculture and Food Systems for Nutrition (GLOPAN), 2013-2016			
AGRICULTURE, FOOD SECURITY, HUNGER AND RURAL DEVELOPMENT	High Level Panel of Experts (HLPE) of the Committee on World Food Security (CFS), 2009-	State of Food and Agriculture (SOFA), 1947- & State of Food Insecurity (SOFI), 1996- by FAO	Research Program on Climate Change, Agriculture and Food Security (CCAFS-CGIAR), 2011-	Chicago Council Global Food Security Symposium, 2009-
	Montpellier Panel – Agriculture for Impact, 2010-	World Hunger Series (WHS), 2006- by WFP	Sustainable Development Solutions Network (SDSN) - Food and Agriculture Thematic Group, 2012-	Sustainable Food Systems Programme (SFSP) by FAO/UNEP, 2014-
	Food Security Strategy Group, hosted by Aspen Institute, 2013-	Agricultural Outlook 2014-2023 by FAO/OECD	Global Environmental Change and Food Systems (GECAFS) research project, 2001-2011	Sustainable Agriculture Initiative Platform, 2002-
	International Commission on the Future of Food and Agriculture, 2003-	The International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD), 2002-2008		Pastoralist Information Hub, launched by FAO/EU, 2015-
	International Planning Committee for Food Sovereignty, 2003-			
CONSERVATION ECOSYSTEMS & BIODIVERSITY	Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services' (IPBES), 2012-	The Economics of Ecosystems & Biodiversity (TEEB), 2007-2010, & TEEB-AF (Agriculture and Food), 2012-	Future Earth, 2012-2022, emerging from Earth Systems Science Partnership (ESSP)*	
		Millennium Ecosystems Assessment (MA), 2001-2005		
CLIMATE CHANGE, ENERGY & RESOURCE USE	International Resource Panel (IRP), hosted by UNEP, 2007-	Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), 1988-	Earth System Governance Project, 2009-2018	Food Climate Research Network (FCRN), 2005-
		World Resources Report (WRR) by World Resources Institute (WRI), 2010-		
		Global Environment Outlook (GEO) by UNEP, 1997-		

Abbildung 12: Allein die Übersicht über laufende internationale Expert*innen-Gruppen, wissenschaftliche Bestandsaufnahmen, Forschungsprogramme, -konsortien und Dachorganisationen sowie deren Kommunikations- und Austauschplattformen, die der erste IPES-Bericht auflistet, mag den Betrachter*innen den Mut zur ganzheitlichen Betrachtungsweise nehmen. Diese Vielfalt und Vielschichtigkeit hat sich in den Jahren seit ihrer Veröffentlichung keineswegs reduziert.⁷⁸

Einen Ausweg aus der Überkomplexität, den IPES-Food in nachfolgenden Veröffentlichungen wählte, war die möglichst vielschichtige Beschreibung einzelner, gelungener Beispiele von integrierter Ernährungspolitik.⁷⁹

Der zweite Bericht von IPES-Food befasste sich 2016 mit der Durchsetzung agrarökologischer Modelle in der Landwirtschaft.

Gefordert ist ein grundlegend anderes Agrarmodell, das auf der Diversifizierung von Betrieben und Agrarlandschaften, dem Ersatz von Chemieeinträgen, der Optimierung der Biodiversität und der Stimulierung von Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Arten basiert, als Teil ganzheitlicher Strategien zum Aufbau langfristiger Fruchtbarkeit, gesunder Agrarökosysteme und gesicherter Lebensgrundlagen, d.h. diversifizierte agroökologische Systeme.

Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass diese Systeme Kohlenstoff im Boden halten, Biodiversität fördern, Bodenfruchtbarkeit wiederherstellen und Erträge langfristig sichern und so die Grundlage für sichere Existenzen in der Landwirtschaft schaffen.

Die Datenlage zeigt, dass diese Systeme mit der industriellen Landwirtschaft in Bezug auf die Gesamterträge konkurrieren können, wobei sie besonders gut unter Umweltbelastung abschneiden und Produktionssteigerungen an den Orten erzielen, an denen zusätzliche Lebensmittel dringend benötigt werden. Diversifizierte agroökologische Systeme können zudem den Weg für eine vielfältige Ernährung und eine verbesserte Gesundheit bereiten.⁸⁰

Der Bericht setzt sich im Anschluss an diese, für sich gesehen nicht mehr neue Ausrichtung zunächst detailliert mit den Ergebnissen spezialisierter Agrarindustriesysteme auf der einen und diversifizierten agrarökologischen Systemen auf der anderen Seite auseinander und zwar bezogen auf deren Produktivität, Umweltleistungen, sozioökonomische Ergebnisse und ihre Auswirkungen auf die Nährstoffversorgung und Gesundheit. Nichts, so seine Schlussfolgerung, sei riskanter, als weiterhin dem industrialisierten Entwicklungspfad zu folgen. Alles spreche dafür, dass diversifizierte agrarökologische Systeme an bestimmten Orten kurzfristig und global gesehen zumindest mittelfristig auch eine höhere Produktivität gewährleisten. Letztendlich bewiesen werden könne diese allerdings erst durch ihren großflächigen Einsatz.

Danach werden acht systemare Blockaden und acht Veränderungschancen untersucht, um schließlich mit sieben Empfehlungen zu enden:

- 1) Entwicklung neuer Indikatoren für nachhaltige Ernährungssysteme*
- 2) Verlagerung öffentlicher Förderung auf diversifizierte agroökologische Produktionssysteme*
- 3) Unterstützung kurzer Lieferketten und alternativer Einzelhandelsinfrastrukturen*
- 4) Nutzung öffentlicher Beschaffung zur Unterstützung lokaler agroökologischer Produkte*
- 5) Strategien, verschiedene Gruppen rund um die Agrarökologie zusammenführen*
- 6) Integration von Agrarökologie und ganzheitlicher Ernährung in Bildung und Forschung*
- 7) Entwicklung von Prozessen der Versorgungsplanung und gemeinsamen Ernährungspolitik auf unterschiedlichen Ebenen.*

Es ist die Mischung wissenschaftlicher Datenerhebung und Analyse mit dem „Mut zur Peinlichkeit“ ganz konkreter praktischer und damit auch partikulärer Vorschläge, die die Berichte des IPES-Food so einzigartig macht. Die internationale Perspektive und der teils akademische,

teils institutionell politische Hintergrund der Beteiligten ergänzen sich dabei höchst konstruktiv.

Berichte und Fallstudien zur Verbindung von Ernährung und Gesundheit, zu den Gefahren der neu entstandenen, globalen Agrar-Giganten und zu lokalen Beispielen des Übergangs in Kalifornien, Nicaragua, Tansania, China, Frankreich, Spanien und Kuba folgten.

Mit zwei regionalen Projekten geht IPES-Food nun neue Wege. In Westafrika wurde ein Prozess von Konsultationen, Allianzen und Verbundforschungsprojekten begonnen, um agroökologische Alternativen zu befördern. Zu diesem Zweck führte IPES-Food Interviews mit Landwirt*innen, Forscher*innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Finanzgebern durch. Gemeinsam mit der Kleinbäuer*innen-Organisation ROPPA entwickelt IPES-Food eine neue Kooperationsplattform, die Alliance for Agroecology in West Africa (3AO).

In der Europäischen Union startete IPES-Food einen ähnlichen Konsultationsprozess, an dem vor allem Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler*innen aus den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Umwelt, Entwicklungspolitik und Landwirtschaft beteiligt waren. Anfang 2019 wurde schließlich das Ergebnis präsentiert unter dem Titel „Auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Ernährungspolitik der Europäischen Union“⁸¹. Der Bericht argumentiert, nur eine gemeinsame Lebensmittelpolitik könne erreichen, was die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nicht erreichen kann: nachhaltige Ernährung, gesunde Menschen, Tiere und Landschaften, Klimaanpassung und Vermeidung des weiteren Aufheizens, sichere und erfüllende Arbeitsplätze und Existenzen auf dem Lande und im gesamten Bereich der Erzeugung, Verarbeitung und des Vertriebs von Lebensmitteln.

Zu den institutionellen Voraussetzungen, die mittlerweile auch von einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen gefordert werden, gehöre eine für diesen Bereich zuständige Vizepräsidenten-Stelle bei der Kommission, die Ernennung dafür zuständiger Direktoren in allen Generaldirektionen der Kommission von Landwirtschaft und Gesundheit über Verbraucherschutz, Entwicklung, Handel, bis hin zu Mittelstandspolitik und Finanzen und ein eigener Europäischer Ministerrat für Lebensmittelpolitik.

Die agrarökologische Reform, die der Bericht in einer Vielzahl von Details vorschlägt, ist mehr als das, was sich vor zehn Jahren aus dem Weltagrarbericht für die Europäische Union ableiten ließ – eine echte und substanzielle Fortentwicklung seines Aufschreis „Weiter wie bisher ist keine Option“.

In einem Vorwort zu dem Bericht schreibt der Ökonom und ehemalige hohe Kommissionsbeamte Karl Falkenberg, der dort unter anderem Chefunterhändler in Handelsfragen und Leiter der Generaldirektion Umwelt war:

In den letzten zehn Jahren war der einzige Agrarsektor, der in Bezug auf Flächennutzung, Anzahl der Betriebe und Beschäftigung expandierte, der Biolandbau, wenn auch auf niedrigem Niveau von unter 10% der Gesamtzahlen. Doch der Trend scheint zu zeigen, dass die Verringerung des Pestizid- und Düngemittelsatzes und die Vermeidung von Übermechanisierung höhere landwirtschaftliche Einkommen erzielen kann. (...) Es scheint auch einen langsamen Wandel im Verbraucherverhalten zu geben. Es wächst die Besorgnis über chemische Rückstände in Lebensmit-

teln, den begrenzten Nährwert von Massenprodukten und die negativen gesundheitlichen Auswirkungen von stark auf Zucker, Salz und Fleisch beruhender Ernährung. Ich bin überzeugt, dass sich die beiden Trends in den kommenden Jahren gegenseitig verstärken werden.⁸²

Olivier De Schutter weist darauf hin, dass Innovation in der europäischen Lebensmittelpolitik weit verbreitet sei, aber nicht von den starren Strukturen an ihrer Spitze erkannt, erfasst und bestärkt werde. Nur eine gleichzeitige und über die verschiedenen Tellerränder hinausgehende und koordinierte Veränderungsstrategie verspreche Erfolg und werde in der Lage sein, die gewaltigen sektoralen Blockadekräfte zu umschiffen und auf Dauer ebenfalls zu integrieren. Die fünf vordringlichen Ziele einer integrierten Lebensmittelpolitik seien:

- 1. Zugang zu Land, Wasser und gesunden Böden sichern*
- 2. Klimaresistente, gesunde Agrarökosysteme wieder aufbauen*
- 3. Ausreichende, gesunde und nachhaltige Ernährung für alle fördern*
- 4. Fairere, kürzere und sauberere Lieferketten aufbauen*
- 5. Den Handel in den Dienst nachhaltiger Entwicklung stellen*

Der Bericht liest sich über längere Strecken wie ein Regierungsprogramm. In der Tat hatte sich De Schutter bei der Europawahl im Mai 2019 in Belgien um ein Mandat im Europäischen Parlament bemüht und dafür seine Arbeit bei IPES-Food kurzfristig ruhen lassen. Eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Brüssel diskutiert derzeit die Gründung einer neuen EU-weiten Food Alliance, die ebenfalls die Ziele des Berichtes als Kern haben soll. Auch ohne ein Mitglied namens Olivier De Schutter könnte die neue, erstarkte grüne Fraktion im Europäischen Parlament diese Forderungen ebenfalls zu einer ihrer Kernaktivitäten machen. Dabei ist freilich nicht auszuschließen, dass sich der Fortschritt einmal mehr als eine Schnecke erweisen wird. Kaum ein Bereich der EU hat sich jedenfalls bisher als resistenter gegenüber den neuen Anforderungen von Klimawandel, Gesundheit, Umwelt und Gerechtigkeit erwiesen als der Agrarbereich, sowohl was seine Verwaltung innerhalb der EU-Kommission als auch was die Lobbykräfte und Vertretungsstrukturen innerhalb des Europäischen Parlamentes betrifft.

FIGURE 4

REALIGNING POLICY TOOLS ACROSS MULTIPLE SECTORS UNDER A COMMON FOOD POLICY



Abbildung 13: Fünf Ziele, die sich auf eine Vielfalt von Anwendungsgebieten innerhalb der Verwaltungsstruktur und der Gesetze der Europäischen Union beziehen. Die zirkuläre Darstellungsweise des IPES-Food-Berichtes zur EU-Lebensmittelpolitik signalisiert, wie nachhaltig sich hier eine enorme Vielzahl politischer Katzen in den Schwanz beißen.⁸³

Neue Herausforderungen nach dem Weltagrarbericht

Zwei Themen, die heute eine wichtige Rolle in der Diskussion um die Agrarpolitik spielen, wurde vom Weltagrarbericht kaum oder gar nicht behandelt: Die Digitalisierung der Landwirtschaft und der massenhafte und großflächige Aufkauf von Agrarland in verschiedenen Regionen der Welt, der seither als „Landgrabbing“ in die Debatte eingegangen ist.

Digitalisierung

Der Einsatz von Computern, Kommunikationstechnik und Satellitendaten spielte selbstverständlich auch in der Diskussion des Weltagrarberichts bereits eine wichtige Rolle. In der Liste seiner kategorischen Feststellungen finden sich hierzu eindeutige Kernsätze:

Richtiges Informationsmanagement ist oftmals ein wesentlicher limitierender Faktor bei der landwirtschaftlichen Entwicklung.

Der Fortschritt in der Informationstechnologie bietet mehr Instrumente für das landwirtschaftliche Informationsmanagement.

Die IKT [Informations- und Kommunikationstechnologien] haben die „digitale Kluft“ zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie zwischen ländlichen und städtischen Gemeinschaften vergrößert.⁸⁴

Die Analyse des Kapitels über agrikulturelle Wissenssysteme sieht erhebliches Potenzial beim Einsatz von Computern und Kommunikationstechnologien.

Seit den 1980er Jahren revolutionieren die Technologien des digitalen Zeitalters die Informationsbeschaffung und -verbreitung. Computer-Kommunikationstechnologien und Mobilfunk sind zunehmend für die Bevölkerung in Entwicklungsländern verfügbar. (...) In den letzten fünf Jahren hat die preiswerte Mobiltelefonie begonnen, die computerbasierte Technologie als Plattform für Informationsaustausch und Kommunikation zu übernehmen. Erstmals bleiben arme Produzenten in abgelegenen Gebieten nicht mehr von den Marktakteuren isoliert und abhängig von Bürokraten oder Zwischenhändlern. Initiativen wie TradeNet (Ghana) verbinden Käufer und Verkäufer in mehr als zehn Ländern Afrikas und Trade at Hand liefert täglich Preisinformationen für Gemüse- und Obstexporteure in Burkina Faso und Senegal. Die neuen IKT eröffnen auch formale Bildungsmöglichkeiten, von Grundkenntnissen und Rechenkenntnissen bis hin zur akademischen und beruflichen Weiterbildung. Kostenlose Online-Bibliotheken (z.B. IDRIS) und neue institutionelle Regelungen bieten Potenzial für weitere Innovationen in Wissensprozessen.⁸⁵

Zwar sei der „digital divide“, die digitale Kluft zwischen Industrie- und sogenannten Entwicklungsländern, kurzfristig dazu geeignet, armen Bäuerinnen und Bauern auf dem Markt eher Nachteile als Vorteile zu bescheren. Doch handele es sich dabei möglicherweise um eine Übergangserscheinung:

Die Geschichte des Radios legt nahe, dass die „digitale Kluft“ im Laufe der Zeit enger werden kann. Fragen der Qualität und Relevanz der verfügbaren Informationen werden wahrscheinlich wichtiger werden als die des Zugangs und der Fähigkeit zur Nutzung der Technologie.⁸⁶

Die einzelnen Anwendungsbereiche wurden im Weltagrarbericht minutiös durchgegangen, von Marktinformationen und Wetterberichten über Präzisionslandwirtschaft und die unterschiedlichen Formen von *Remote Sensing* bis hin zu *E-Consulting*, *E-Learning* und *E-Governance*. Doch welches Revolutionierungspotenzial für eine Landwirtschaft ohne Bäuerinnen und Bauern, für vollautomatische Anbau- und Erntesysteme, für von sogenannter künstlicher Intelligenz gesteuerte Züchtungsprogramme und neue Kommunikationswege mit Pflanzen und Tieren in der Digitalisierung der Landwirtschaft stecken, war in den Jahren vor 2009 noch kein ernsthaft diskutiertes Thema.

Auch die enorme Brisanz von „big data“ und der Frage, wer die Geo- und Anbaudaten in welcher Form kontrolliert, war in den sogenannten Nuller-Jahren eher ein Thema für Spezia-

list*innen der IT Branche und nicht, wie heute, für Patentanwälte, Bauern- und Grundeigentümerverbände, die OECD und die Agrarwirtschaft. Schwer vollstellbar war damals noch die Sorge, Google könne aufgrund seiner Technologieführerschaft zum dominanten Player auf dem Markt für landwirtschaftliche Maschinen und Dienstleistungen werden. Gewiss warnt der Weltagrарbericht vor der Konzentration in der Agrar-Input-Industrie, namentlich auch vor patentiertem Saatgut und den Auswirkungen geistiger Eigentumsansprüche auf die Innovationsfähigkeit der Branche. Doch dass bei der Übernahme von Monsanto durch Bayer zehn Jahre später der Vorsprung in der Datenverarbeitung und der Besetzung dieses Feldes durch entsprechende Patente und Kooperationen ein entscheidendes Argument werden sollte, dass die Digitalisierung und Speicherung der Erbinformationen zu einem umstrittenen Thema bei der Biodiversitätskonvention werden würde, ahnten wohl die wenigsten der Beteiligten; nicht einmal jene, die selbst in diesen Firmen tätig waren. Das illustriert die Geschwindigkeit und die Radikalität, mit der sich im Ernährungs- und Landwirtschaftsbereich technologische, ökonomische aber auch konzeptionelle Umbrüche vollziehen können.

Bemerkenswert erscheint, dass auch die meisten der hier beschriebenen Berichte in den Folgejahren den disruptiven Charakter angewandter Digitalisierung in der Landwirtschaft ebenfalls nur am Rande beleuchten. Erst in den allerletzten Jahren dringt diese Diskussion in die klassische Agrarwissenschaft und Entwicklungspolitik vor, dominiert Investitionsentscheidungen und erscheint als nicht unproblematisches Simulations- und Entscheidungssystem der Zukunft und nicht nur als Hilfsmittel bei der Analyse und Verbreitung von Informationen.

Landgrabbing

Ungerechte Verteilung von Land, Rechtsunsicherheit, Vertreibung und sämtliche Formen von Korruption gehören seit Jahrhunderten, oft Jahrtausenden zu den Grundübeln landwirtschaftlicher Produktion und ländlichen Lebens in vielen Regionen der Welt. Der Weltagrарbericht benennt dieses Problem, auch wenn es nicht zu den von ihm besonders intensiv analysierten Bereichen gehört.

Große Ungleichheiten bei Besitz und Zugang zu Land und Wasser haben die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten verschlimmert, die noch immer viele Regionen der Welt kennzeichnen. Landreform und gerechter Zugang zu Wasser sind wesentliche Instrumente, um eine nachhaltige Bewirtschaftung zu unterstützen und zugleich auf soziale Ungleichheiten zu reagieren, die wirtschaftliche Entwicklung verhindern. Sie könnten die Verdrängung von Kleinbauern, Campesinos und Indigenen in die Städte und auf unfruchtbares Land reduzieren.⁸⁷

Zu den klassischen Empfehlungen gehörten deshalb geordnete Grundeigentumsverhältnisse:

Überprüfung und Änderung der Grundbesitzordnung, um sicherzustellen, dass sie geeignete Eigentums-, Nutzungs- und Erbrechte sowie die Bedingungen, unter denen Grundstücke enteignet werden können, unmissverständlich definiert.

Stärkung der für Grundeigentum zuständigen Justizbehörden, um sicherzustellen, dass sie unabhängig, transparent und zugänglich sind und Landnutzern einen angemessenen Schutz bieten.

Entwicklung eines rechtlichen und institutionellen Rahmens, der sicherstellt, dass Landnutzer und -eigentümer klare und sichere Rechte auf Nutzung, Besitz und Übertragung von Eigentum

haben und der die Rolle des Staates als obersten Landaufseher definiert und unterstützt. Verfahren und Verwaltungsstrukturen sollten kostengünstig, für alle zugänglich, transparent und dazu geeignet sein, effiziente Bodenmärkte und sichere Kreditgeschäfte zu ermöglichen.

Entwicklung eines Systems von Rechten auf Landeigentum, Landbesitz, Landnutzung und Landübertragung, das sicherstellt, dass Landwirte alle Anreize zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zur nachhaltigen Nutzung ihrer Flächen haben.

Gewährleistung, dass diese Rechte durch die Vergabe von Landnutzungstiteln vollständig auf alle Landwirte übertragen werden und dass die Erzeuger das Recht haben, zu wählen, ob sie als Einzelbauern oder als Kollektive in der von ihnen bevorzugten Verbandsform (Familie, Dorf usw.) arbeiten.⁸⁸

Allerdings erreichte kurz nach der Verabschiedung des Weltagrarberichts das internationale Interesse am Ankauf von Agrarland ein in der jüngeren Geschichte einmaliges Niveau. Schuld daran war eine Kombination aus niedrigen Zinsen in den Industrieländern aufgrund der Finanzkrise, Hungerkrisen und der Spekulation mit Lebensmitteln an den Rohstoffbörsen sowie der Ausdehnung der Bioenergie- und Treibstoffproduktion. Zum ersten Mal in der Geschichte des postkolonialen Kapitalismus wurde Ackerland in ganz unterschiedlichen Regionen der Welt zu einem global gehandelten Rohstoff. Spezialisierte, international operierende Firmen kauften riesige Mengen an Land in Afrika und Regionen Südostasiens, in Lateinamerika, aber auch im Balkan und der ehemaligen Sowjetunion. Der Landgrabbing-Boom hält bis heute an, wenn auch mit geringeren Wachstumsraten als zu Beginn des Jahrzehntes.

Die Landmatrix⁸⁹, die wohl umfassendste, aktuelle Datenbank für große Landtransaktionen, hatte Ende 2018 Informationen über mehr als 2.800 Transaktionen seit Anfang des Jahrtausends gesammelt, die insgesamt über 100 Millionen Hektar Land betrafen⁹⁰. Zwei von drei dieser großen Transaktionen sind transnationale Deals.

Das *Committee on World Food Security* befasste sich kurz nach seiner Konstituierung intensiv mit diesem Phänomen. Die 2012 dort verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“⁹¹ sind zwar nicht verbindlich und richten sich ausschließlich an die Regierungen von Staaten, nicht aber an die eigentlichen Betreiber, private Unternehmen und Investoren. Sie drücken dennoch ein gemeinsames Bewusstsein dafür aus, dass *Landgrabbing* mittlerweile zu einer der zentralen Herausforderungen für eine gerechte, an der Produktion von Lebensmitteln orientierte und auf kleine landwirtschaftliche Betriebe fokussierte Strategie zur Überwindung von Hunger, Übergewicht, Klimaschäden und Raubbau an der Artenvielfalt geworden ist.

Dass dies nicht allein für ferne Ländern gilt, sondern auch innerhalb der Europäischen Union und auch in der Bundesrepublik Deutschland ein ungelöstes Problem ist, beschreibt der Bericht im Auftrag von Maria Heubuch „Landjäger – Europas Äcker im Ausverkauf“⁹² eindringlich.

**Preise landwirtschaftlicher Flächen nach Bundesländern
(2014) und ihr Anstieg in Deutschland seit 2005 (€/ha)**

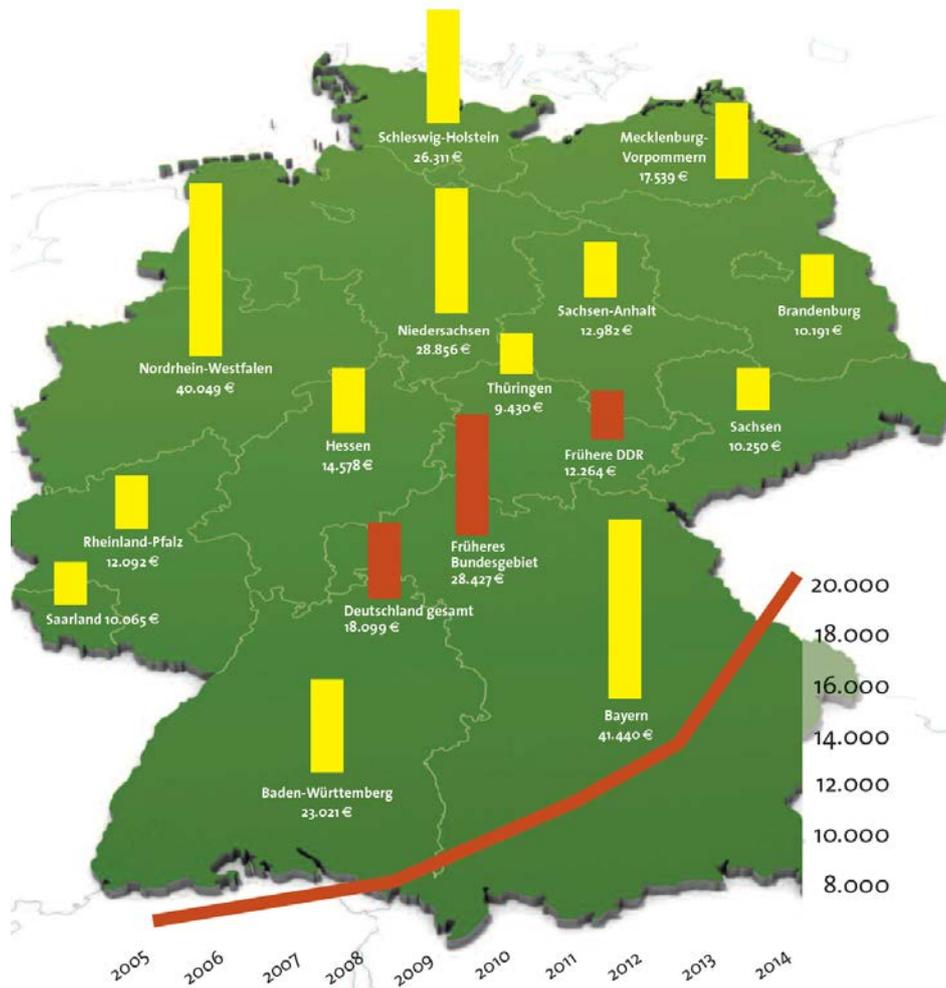


Abbildung 14: Der exponentielle Anstieg der Preise für Agrarflächen in Deutschland ist das Ergebnis mangelnder staatlicher Aufsicht und Steuerung. Er führt unter anderem dazu, dass der Einstieg von jungen Landwirt*innen enorm erschwert wird. In anderen Regionen der Welt bewirkt das Interesse großer Anleger aus dem Ausland, dass Kleinbäuerinnen und -bauern von ihrem Land vertrieben werden. In beiden Fällen befördert der Preisanstieg den Ausstieg aus der Lebensmittelproduktion zugunsten von Energie-, Treibstoff- und Futtermittelproduktion.⁹³

Der europäische Stand der Debatte

Der Weltagrарbericht war und ist kein verbindliches Dokument, das etwa seine Unterzeichner-Staaten dazu verpflichtet, die in ihm zusammengetragenen Erkenntnisse umzusetzen. Er legt weder klare Bewertungsmaßstäbe noch Handlungsverpflichtungen fest. Zu seinen Ansprüchen gehörte es, nicht „*policy prescriptive*“ zu sein, also keine politische Handlungsanweisung auszugeben, sondern Entscheidungsträger*innen vielmehr Erkenntnisse und Handlungsoptionen zur Verfügung zu stellen, aus denen sie dann selbst die besten und angemessensten Schlüsse ziehen könnten.

Ob dies innerhalb der Europäischen Union allerdings in Laufe des vergangenen Jahrzehntes tatsächlich geschehen ist, mag bezweifelt werden. Die Diskussion über die 2014 in Kraft getretene Reform der EU-Agrarpolitik spiegelte in ihren Anfängen durchaus Ansätze zur Integration wichtiger Botschaften des Weltagrарberichts wider. Das Konzept des „Greening“ als Bestandteil der dominanten Direktzahlungen, aber auch der Ausbaus der gezielten öffentlichen Förderung einzelner ökologischer Maßnahmen und der ökologischen Landbewirtschaftung, zeigte in Richtung einer Integration der Ökologie in die landwirtschaftliche Praxis. Ein Fortschritt also gegenüber dem Nebeneinander von vermeintlicher Hochleistungslandwirtschaft auf der ökonomischen Überholspur und ausgleichenden Naturschutzmaßnahmen zu deren Kompensation.

Auch das 2011/2012 entwickelte Konzept der Europäischen Innovationspartnerschaft in der Landwirtschaft (EIP-AGRI)⁹⁴, die sich ursprünglich um ein neues, transdisziplinäres Verhältnis von landwirtschaftlichen Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen bemühen sollte, schien eine Abkehr vom klassischen Ansatz des ToT-Technologietransfers zu signalisieren.

Doch spätestens seit dem Abgang des damaligen Agrarkommissars Dacian Cioloş haben sich derartige Ansätze einer neuen Landwirtschaftspolitik wieder weitgehend festgetreten. Allerdings waren auch Cioloş' Vorschläge bereits im Ministerrat der EU und erst recht im Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes fast bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden. „*Business as usual*“ wurde in der Europäischen Agrarpolitik in den vergangenen zehn Jahren ausgesprochen großgeschrieben.

Der Verlust an Höfen und die Konzentration auch in den neuen Mitgliedstaaten aus Ost- und Mitteleuropa erreichten im letzten Jahrzehnt neue Höhepunkte. Landflucht und „Bauernsterben“ wurden als unvermeidlicher Strukturwandel weiterhin mit EU-Geldern subventioniert. Hinzu kam mit der letzten EU-Kommission eine Renaissance der Agrarexport-Förderung; nicht mehr in Form direkter Exportsubventionen, die auf ein Minimum reduziert werden konnten, sondern weil insbesondere tierische Produkte und Alkohol sich auf dem Weltmarkt auf Basis der Konkurrenzvorteile aufgrund der „*economies of scale*“, der Skaleneffekte, und aufgrund der allgemeinen Direktzahlungs-Subventionen ohne wesentliche Umweltauflagen oder Schutzbestimmungen immer besser absetzen lassen. Die aktive Erschließung von urbanen Märkten in Russland, Asien und Afrika für möglichst hoch verarbeitete tierische Produkte behindert bis heute in vielen der Exportländer den Aufbau von nationalen und regionalen Märkten.

ten. Gleichzeitig bleibt die Europäische Union in Euro ausgedrückt ein Nettoexporteur von Agrarprodukten, in Hektar berechnet dagegen ein Nettoimporteur, der billige Agrarrohstoffe aus extraktiver und destruktiver industrieller Produktion von Soja über Palmöl bis hin zu klassischen Kolonialwaren sowie auch Obst und Gemüse importiert. Die Wertschöpfung kommt nicht der ländlichen Bevölkerung und Kleinbäuerinnen der exportierenden Länder zugute, sondern Agrarunternehmen, die nicht selten im Besitz europäischer Investoren sind.

Diese Politik wird auch in bilateralen Handelsabkommen, die in den letzten Jahren die weitgehend zum Stillstand gekommene Agenda der Welthandelsorganisation (WTO) ersetzen, mit erschreckender Konsequenz vertreten. Nicht selten widersprechen die Auswirkungen des internationalen Handels direkt den von der EU selbst und ihren Mitgliedsstaaten verfolgten Zielen und Projekten der klassischen Entwicklungshilfe. Die rechtlich bindende Verpflichtung der EU zur Kohärenz ihrer Politiken wurde weder innerhalb der Union noch im Rahmen der speziellen Beziehungen zu den AKP-Partnerstaaten der EU je wirklich konsequent verfolgt, geprüft und umgesetzt.

Der neue Europäische Konsens von Rat, Kommission und Parlament der EU über die Entwicklungspolitik⁹⁵, der die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen gewährleisten soll, ist ein Katalog der guten Absichten ohne Konkretion und direkte Adressierung der offensichtlichen Widersprüche, ganz besonders in Bezug auf die Agrar- und Ernährungspolitik. Er spricht weder die wirklichen Probleme in der Handels-, Energie- und Agrarpolitik an noch bietet er rechtliche Möglichkeiten, die Kohärenz der hehren Ziele dieses Konsenses in der Praxis einzuklagen. Im Gegensatz zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen bleibt der Konsens schließlich auf die Verpflichtungen der EU in den sogenannten Entwicklungsländern beschränkt und bezieht die Nachhaltigkeit ihrer Binnenpolitik nicht mit ein.

Dass die Mehrheit des Europäischen Parlamentes alle Versuche seines Entwicklungsausschusses strikt zurückwies, ein Monitoring der Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf die globale Ernährungssicherheit einzuführen⁹⁶, kann als trefflicher Indikator des gegenwärtigen europäischen Bewusstseins für die Zusammenhänge globaler Ernährung und Landwirtschaft dienen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Mit den Vorschlägen von IPES-Food und der Nichtregierungsorganisationen, die sich ihnen angeschlossen haben, liegt dem neugewählten Europäischen Parlament und der neuen EU-Kommission eine detaillierte Blaupause für mutige und wegweisende Schritte in eine Richtung vor, die vor zehn Jahren erstmals in dieser Kohärenz formuliert und seither an verschiedenen Orten weiterentwickelt und verfeinert wurden. Der Schlüssel, so bestätigen alle neueren Studien und Berichte, ist die Integration von Landwirtschaft, Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz, ländlicher Entwicklung sowie mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, den Nationen und zwischen Arm und Reich.

Auf keinem anderen Gebiet könnte die Europäische Union im Laufe des kommenden Jahres einen größeren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele von Paris, zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Beteiligung der Jugend insbesondere im ländlichen Raum und nicht zuletzt zur Bekämpfung von ernährungsbedingten Krankheiten leisten als durch eine verantwortungsbewusste Revision ihres durch die Wahlen auf halbem Wege steckengebliebenen Reformprozesses der Gemeinsamen Agrarpolitik. „Weiter wie bisher ist keine Option“ möchte man den Verantwortlichen einmal mehr zurufen: Die Chance für einen Neuanfang, die Chance unter Beweis zu stellen, dass liberale Demokratie im europäischen Verbund noch immer die lern- und entwicklungsfähigste Gesellschaftsform ist, liegt vor ihnen!

Die Dynamik, die sich aus einem radikalen Neuanfang in Bezug auf die gemeinsame Verantwortung für unsere Landwirtschaft, Umwelt und Gesundheit ergibt, könnte sich auch auf andere Gebiete der europäischen Politik ausweiten. Dass Innovation nicht zu verwechseln ist mit inkompetenter Technologieherrlichkeit und der Subventionierung ihrer Hohepriester in Unternehmen und akademischen Institutionen, wäre eine weitere, leicht zu erntende Frucht der Erkenntnis, die bei vielen Jugendlichen hervorragend ankäme. Dass Ernährungs-Souveränität und Daten-Souveränität vieles gemeinsam haben und Europa den weder zu großen noch zu kleinteiligen Rahmen für ein neues Selbstbewusstsein virtueller Verbraucher*innen und Produzent*innen abgeben kann, gehört ebenfalls in diese Kategorie mobilisierender und motivierender Innovationen, die sich von unten und aus sozialen, lokalen Zusammenhängen heraus entwickeln.

Die Dringlichkeit, mit der der SCAR-Bericht bereits vor Jahren auch im Zusammenhang mit der Ernährungspolitik den Einsatz des Vorsorgeprinzips anmahnte, hat nichts an Bedeutung verloren. Der hoffnungsvolle Ton, mit dem er den Entscheidungsträger*innen der EU vorschlägt, ähnlich wie im Energiebereich auch bei Landwirtschaft und Ernährung die Innovations- und Technologieführerschaft für einen klimagerechte Wandel anzustreben, hat ebenfalls nicht an Glanz verloren. Die traurige Wahrheit ist bisher, dass die EU im Energiebereich im Vergleich zu anderen Regionen der Welt eher zurückgefallen ist. Die Rolle der global begeisternden Innovationsführerin im Lebensmittel- und Agrarbereich ist dagegen noch immer zu vergeben.

Vielleicht wäre es eine anregende Initiative, Digitalisierung in erster Linie dafür einzusetzen, komplexe Zusammenhänge abzubilden und zu verstehen, die bisher unser intellektuelles Fassungsvermögen überschreiten – vom Zusammenspiel der Organismen im lokalen Ökosystem

über regionale Wertschöpfungsketten und nationale Nachhaltigkeitsziele bis hin zu einer in sich stimmigen Gemeinsamen Agrar- und Ernährungspolitik der Europäischen Union unter Einbeziehung globaler Finanz-, Handels- und Stoffströme.

Bei allem notwendigen Bekenntnis zur interdisziplinären Komplexität und vernetztem Denken und Handeln bleibt die größte Herausforderung möglicherweise noch immer die, dabei die Herzen und Bauchgefühle der Menschen so zu bewegen, dass sie bereit sind zu den radikalen Veränderungsschritten im Alltag der Ernährung und Wirtschaft, in den politischen und den persönlichen Verhaltensmustern. Dies gelingt nur und in dem Maße, in dem wir gegenseitiges Vertrauen in den gemeinsamen Erfolg aufbauen können: Es wird uns allen gut tun.

Impressum

Herausgeberin: Maria Heubuch, MdEP
Die Grünen/EFA
Europäisches Parlament
60, Rue Wiertz –
ASP 4F366
B-1047 Brüssel
Tel: +32 22 84 53 35
maria.heubuch@ep.europa.eu
www.maria-heubuch.de

Text: Benedikt Haerlin



Quellen und Bildnachweise

Quelle IAASTD:

Der globale und die fünf regionalen Originalberichte des IAASTD sowie der Synthesebericht und die zusammenfassenden, in der Abschlusssitzung des IAASTD von den unterzeichnenden Staaten abgestimmten „*Summaries for Decision Makers*“ finden sich in englischer Sprache als PDF-Dokumente und als HTML-Seiten im Volltext durchsuchbar auf der Webseite <https://www.weltagrارbericht.de/original-berichte.html>, im Folgenden auch als Kurzlink <https://t1p.de/iaastd-originalberichte> abgekürzt.

Alle Übersetzungen stammen, wo nicht anders ausgewiesen, vom Autor. Er bediente sich dabei der Übersetzungs-Software www.DeepL.com/Translator

¹ Globale Presseerklärung des IAASTD vom 15.4.2008, <https://www.enn.com/articles/34770>

² Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, 6. Mai 2019
<https://www.ipbes.net/news/ipbes-global-assessment-summary-policymakers-pdf>

³ The Final Report of the Steering Committee for the Consultative Process on Agricultural Science and Technology, 12. August 2003 http://www.agassessment-watch.org/docs/final_report.pdf

⁴ Budapest Declaration - Initiative Endorsed by Unique Coalition of Stakeholders, 4. August 2003
<https://t1p.de/iaastd-budapest>

⁵ Principles and Procedures Governing the Intergovernmental Assessment on Agricultural Science and Technology for Development (IAASTD), 27. Mai 2005 <https://t1p.de/iaastd-principles>

⁶ Principles and Procedures Governing the Intergovernmental Assessment on Agricultural Science and Technology for Development (IAASTD), 27. Mai 2005 <https://t1p.de/iaastd-principles>

⁷ Haerlin, Benedikt und Angelika Beck (2013). Wege aus der Hungerkrise. Die Erkenntnisse und Folgen des Weltagrارberichts: Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen.

Diese Broschüre ist die Grundlage der einleitenden Kapitel, sie steht online zur Verfügung unter <https://www.weltagrارbericht.de/broschuere.html>

⁸ Interne Präsentation des Bureau des IAASTD, aus dem Archiv des Autors

⁹ Brief von Michael P. Pragnell im Namen von Syngenta vom 16. März 2007 an Robert T. Watson, nicht öffentlich, aus dem Archiv des Autors

¹⁰ Brief von Christian Verschuere im Namen von CropLife vom 29. März 2007 an Katherine Sierra, Vize-Präsidentin der Weltbank, nicht öffentlich, aus dem Archiv des Autors

¹¹ Editorial: Off the rails. In: Nature Biotechnology, Band 26, S. 247, 1. März 2008. <https://www.nature.com/articles/nbt0308-247>

¹² International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (2009). Global Report, S. 58

¹³ IAASTD: Global Report, S. 203

¹⁴ IAASTD, Global Report, S. 2

¹⁵ International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (2009). Synthesis Report: A Synthesis of the Global and Sub-Global IAASTD Reports. Edited by Beverly D. McIntyre [et al.]. <https://t1p.de/iaastd-originalberichte>

¹⁶ IAASTD: Global Report

¹⁷ IAASTD: Global Report

¹⁸ IAASTD: Latin America and the Caribbean Report <https://t1p.de/iaastd-originalberichte>

¹⁹ IAASTD: Global Report, S. 67

²⁰ IAASTD: Global Report, S. 560 (Glossar)

²¹ <http://www.fao.org/agroecology/home/en/>

-
- ²² siehe u.a. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2019). Agroecology Knowledge Hub <http://www.fao.org/agroecology/home/en/>
- ²³ CropLife International (2018). What is agroecology? 3. April 2018 <https://croplife.org/news/what-is-agroecology/>
- ²⁴ IAASTD: Global Report, S. 379
- ²⁵ IAASTD, Executive Summary des Synthese-Berichts, S. 11
- ²⁶ IAASTD, East and South Asia and the Pacific (ESAP) Report, S. 180
- ²⁷ IAASTD: Global Report, S. 293
- ²⁸ IAASTD: Global Report, S. 10
- ²⁹ IAASTD: Latin America and the Caribbean Report, S. 20 <https://t1p.de/iaastd-originalberichte>
- ³⁰ IAASTD: Global Report, S. 453
- ³¹ (nim/dpa) 15.04.2008, Landwirtschaft: Experten fordern weltweite Agrarrevolution, zitiert nach Tagesspiegel vom 15.4.2008 <https://t1p.de/iaastd-dpa15042008>
- ³² FAO (2008). Soaring Food Prices: Facts, Perspectives, Impacts And Actions Required. FAO Briefing HLC/08/INF/1, High-Level Conference On World Food Security: The Challenges Of Climate Change And Bioenergy, Rome 3-5 June 2008 www.fao.org/fileadmin/user_upload/foodclimate/HLCdocs/HLC08-inf-1-E.pdf
- ³³ Schmidtner, Eva und Stephan Dabbert (2009). Nachhaltige Landwirtschaft und Ökologischer Landbau im Bericht des Weltagrarrates (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, IAASTD 2008) <https://t1p.de/iaastd-schmidtner-dabbert>
- ³⁴ Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 199. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 21. Januar 2009, Seite 21550 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16199.pdf#P.21550>
- ³⁵ Bericht der Ressortarbeitsgruppe „Welternährungslage“ an das Bundeskabinett (2008). Globale Ernährungssicherung durch nachhaltige Entwicklung und Agrarwirtschaft. <https://www.bve-online.de/download/bericht-welternaehrung>
- ³⁶ https://www.bundestag.de/presse/hib/2014_06/282536-282536
- ³⁷ Deutsche Bank Research, Claire Schaffnit-Chatterjee (2009). Lebensmittel – Eine Welt voller Spannung. <https://t1p.de/iaastd-dbresearch2009>
- ³⁸ Deutsche Bank Research (2009)
- ³⁹ Deutsche Bank Research (2009)
- ⁴⁰ Persönliche Mitteilung von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner an den Autor im Juni 2010 bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing zum Thema „Hunger ohne Grenzen“.
- ⁴¹ De Schutter, Olivier (2009). Guidance in a Time of Crisis: IAASTD and the Human Right to Food. Message from the UN Special Rapporteur on the right to food. “Enabling Policies for Development and Sustainability from the IAASTD” - Side-event to the UN CSD Intergovernmental Preparatory Meeting. New York, February 25th, 2009. <http://www.srfood.org/images/stories/pdf/otherdocuments/18-iaastd-rtf-25-2-2009.pdf>
- ⁴² De Schutter, Olivier (2010). News release: “Agroecology outperforms large-scale industrial farming for global food security,” says UN food expert. Brüssel, 22.6.2010. http://www.srfood.org/images/stories/pdf/press_releases/20100622_press_release_agroecology_en.pdf
- ⁴³ Report submitted by the Special Rapporteur on the right to food, Olivier De Schutter to the 16th session of the United Nations Human Rights Council, 20. Dezember 2010 http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20110308_a-hrc-16-49_agroecology_en.pdf
- ⁴⁴ Siehe <http://www.fao.org/cfs/home/en/>
- ⁴⁵ Siehe <http://www.fao.org/cfs/cfs-hlpe/en/>
- ⁴⁶ Kate Eklın, Ingrid Finess Evensmo, Ioana Georgescu, Victoire Hubert, Jimmy Le, et al. (2014). The Committee on World Food Security reform, 2014, impacts on global governance of food security. hal-01620862 <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01620862>
- Siehe auch Vincent Gitz, Alexandre Meybeck. CIRED Working Papers, 2011, The establishment of the High Level Panel of Experts on food security and nutrition (HLPE). Shared, independent and comprehensive knowledge for international policy coherence in food security and nutrition, hal-00866427

<https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-00866427>

⁴⁷ <https://www.ipbes.net/>

⁴⁸ FAO. The State of Food Security and Nutrition in the World <http://www.fao.org/publications/sofi/en/>

⁴⁹ OECD-FAO Agricultural Outlook https://www.oecd-ilibrary.org/agriculture-and-food/oecd-fao-agricultural-outlook-2019-2028_agr_outlook-2019-en

⁵⁰ Rockström, Johan, Will Steffen, Jonathan A. Foley et al. (2009). A safe operating space for humanity. In: *Nature*, Band 461, S. 472–475 (24. September 2009) <https://www.nature.com/articles/461472a.pdf>

⁵¹ <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html>

⁵² <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html>

⁵³ Europäische Kommission, DG Research and Innovation, Ständiger Ausschuss für Agrarforschung der Europäischen Union (Standing Committee on Agricultural Research – SCAR), Annette Freibauer, Erik Mathijs, Gianluca Brunori, Zoya Damianova, Elie Faroult, Joan Girona i Gomis, Lance O'Brien, Sébastien Treyer, Brussels 2011, Third Foresight Report, Sustainable food consumption and production in a resource-constrained world.

https://ec.europa.eu/research/scar/pdf/scar_3rd-foresight_2011.pdf

⁵⁴ SCAR Report, a.a.O., S. 39

⁵⁵ SCAR Report, a.a.O., S. 39

⁵⁶ SCAR Report, a.a.O., S. 39

⁵⁷ SCAR Report, a.a.O. S. 186

⁵⁸ FAO (2011). Save and Grow: A policymaker's guide to the sustainable intensification of smallholder crop production. <http://www.fao.org/ag/save-and-grow>

⁵⁹ Save an Grow, a.a.O. Frontseite

⁶⁰ Save an Grow, a.a.O. Titelbild

⁶¹ United Nations, Department of Economic and Social Affairs (2011). World Economic and Social Survey 2011: The Great Green Technological Transformation.

https://www.un.org/en/development/desa/policy/wess/wess_current/2011wess.pdf

⁶² The Great Green Technological Transformation , a.a.O., S. 67

⁶³ The Great Green Technological Transformation , a.a.O., S. 86

⁶⁴ Generalversammlung der Vereinten Nationen, 18.9.2015, Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Offizielle deutsche Übersetzung (Original: Englisch) .

<https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>

⁶⁵ The Economics of Ecosystems and Biodiversity (TEEB) (2018). Measuring what matters in agriculture and food systems: a synthesis of the results and recommendations of TEEB for Agriculture and Food's Scientific and Economic Foundations report. Geneva: UN Environment.

<http://teebweb.org/agrifood/measuring-what-matters-in-agriculture-and-food-systems/>

⁶⁶ TEEB, a.a.O. Vorwort von Alexander Müller und Pavan Sukhdev.

⁶⁷ TEEB for Agriculture and Food (2018). Scientific and Economic Foundations report: Promotional Toolkit.

http://teebweb.org/agrifood/wp-content/uploads/2018/06/TEEBAgriFood_Promo-Kit_3.pdf

⁶⁸ TEEB Promotional Toolkit, a.a.O.

⁶⁹ Boyd A Swinburn, William H Dietz et al. (2019). The Global Syndemic of Obesity, Undernutrition, and Climate Change: The Lancet Commission report.

<https://www.worldobesity.org/what-we-do/projects/lancet-commission-on-obesity/lancet-commission-report-on-obesity>

⁷⁰ City University of London (2019). The Lancet Commission on Obesity publishes major new report, 28.1.2019

<https://www.city.ac.uk/news/2019/january/the-lancet-commission-on-obesity-publishes-major-new-report>

⁷¹ Lancet Commission Report, a.a.O., S. 1

⁷² Lancet Commission Report, a.a.O. S. 32

⁷³ Lancet Commission Report, a.a.O. S. 4

⁷⁴ [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(18\)33249-5/fulltext?utm_campaign=tlobesity19&utm_source=HubPage](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(18)33249-5/fulltext?utm_campaign=tlobesity19&utm_source=HubPage)

⁷⁵ Lancet Commission Report, a.a.O. S. 33

⁷⁶ <http://www.ipes-food.org/>

⁷⁷ IPES-Food (2015). Report 01. The case for a new science of sustainable food systems.

http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/NewScienceofSusFood.pdf

⁷⁸ Abbildung aus IPES-Food (2015). Report 01, a.a.O., S. 13

⁷⁹ IPES-Food (2017). Case Study 01. What makes urban food policy happen? Insights from five case studies.

http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/Cities_full.pdf

⁸⁰ IPES-Food (2016). Report 02. From Uniformity to Diversity: A paradigm shift from industrial agriculture to diversified agroecological systems, S. 3

http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/UniformityToDiversity_FULL.pdf

⁸¹ IPES-Food (2019). Towards a Common Food Policy for the EU.

http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/CFP_FullReport.pdf

⁸² IPES-Food (2019). Towards a Common Food Policy for the EU, a.a.O. S. 5

⁸³ IPES-Food (2019). Towards a Common Food Policy for the EU, a.a.O. S. 35

⁸⁴ IAASTD: Global Report, S. 209 ff

⁸⁵ IAASTD: Global Report, S. 69

⁸⁶ IAASTD: Global Report, S. 70

⁸⁷ IAASTD: Synthese, S. 32

⁸⁸ IAASTD: Central and West Asia and North Africa (CWANA) Report, S. 146

⁸⁹ <https://landmatrix.org>

⁹⁰ Marcello De Maria (2019). Understanding Land in the Context of Large-Scale Land Acquisitions: A Brief History of Land in Economics. <https://www.mdpi.com/2073-445X/8/1/15/pdf>

⁹¹ FAO (2012). Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security. <http://www.fao.org/tenure/voluntary-guidelines/en/>

Siehe auch:

https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Welternahrung/_Texte/FAO_Leitlinien_Landnutzungsrechte.html

⁹² LANDJÄGER – Europas Äcker im Ausverkauf <https://www.maria-heubuch.eu/landwirtschaft/landgrabbing/>

⁹³ LANDJÄGER – Europas Äcker im Ausverkauf a.a.O.

⁹⁴ <https://ec.europa.eu/eip/agriculture/en>

⁹⁵ Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission (2017/C 210/01), 18.6.2017, DER NEUE EUROPÄISCHE KONSENS ÜBER DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK „UNSERE WELT, UNSERE WÜRDE, UNSERE ZUKUNFT“

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2017:210:TOC>

⁹⁶ Der Prozess ist detailliert beschrieben von Paul Engel, Brecht Lein, Bas van Helden und Jeske van Seters (2013). EU Policy Coherence for Food Security: Aligning parallel agendas. In: Discussion Paper 153, European Centre for Development Policy Management. www.ecdpm.org/dp153